

Danziger Zeitung.

No 9640.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerbaggasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Königlich Preussische Lotterie.

Bei der am 16. d. beendigten Ziehung der 3. Klasse 153. Preuss. Klassen-Lotterie fielen: 1 Gewinn zu 45 000 M. auf No. 92 528. 1 Gewinn zu 15 000 M. auf No. 60 410. 1 Gewinn zu 1800 M. auf No. 72 960. 2 Gewinne zu 900 M. auf No. 35 794 74 768. 9 Gewinne zu 300 M. auf No. 3019 37 145 49 549* 64 549 69 142 71 210 85 970 89 751 92 553.

* Diese No. bringt der „Reichsanz.“ (ohne Gewähr); die Danziger Gewinnliste hat dagegen hier No. 49 571.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Röln, 16. März. Der Rhein ist von Mannheim bis Ruhrort in fortwährendem Fallen begriffen; der Wasserstand des Neckar ist unverändert; der Main und die Mosel fallen ebenfalls. Der durch das Wasser angerichtete Schaden ist überall sehr groß. Der durch den letzten Orkan von Mannheim bis zum Niederrhein und in den Nebenthälern des Rheins angerichtete Schaden ist sehr bedeutend; Menschenleben sind indessen im Verhältnis zu den großen Verheerungen nur sehr wenige zu beklagen.

Caul a. Rh., 16. März. Von den bei dem Bergbruch Verunglückten sind bis jetzt 8 todt und 3 lebende Personen ausgegraben; 16 Verunglückte sind noch verschüttet.

Rom, 16. März. Ein Decret des Unterrichtsministers Bonghi ordnet die Schließung der sogenannten vaticanischen Universität an.

Bukarest, 16. März. In Folge der Auflösung des Senates ist die Kammeression geschlossen worden.

New-York, 16. März. Die Nationalbank des Staates New-York hat ihre Zahlungen eingestellt. Man glaubt, daß die Deposits zurückgezahlt werden und daß die Zahlungseinstellung der Bank keine weiteren Fallissements zur Folge haben wird.

Abgeordnetenhaus.

Abend-Sitzung vom 15. März.

Berathung des Cultus-Etats. Die Debatte, welche bei Tit. 16 (Schulaufsichtskosten) abgebrochen war, wird fortgesetzt.

Dem Abg. Windthorst (Meyen) erscheint es unbillig, weshalb man von der Inspection die Geistesbildung vollständig ausschließen, mindestens könne man fordern, daß die Local-Inspection dem Clerus verbleibe. Auf diesem Wege bringe man die Schule zunächst in den vulgären Liberalismus und dann zum Socialismus. (Heiterkeit links. Auf: Das wird schwach!) Ich wünsche, daß der Herr, der mir dies anrathet, nicht einsehen, daß die Stärke dieser Argumente an sich selbst empfinden möge. Diese verderbliche Richtung ist seit dem Erlaß des Schulaufsichtsgesetzes von Jahr zu Jahr scharfer zum Ausbruch gekommen. Das Ziel, dem wir auf diesem Wege entgegensteuern, sind partianische Zustände, man wird schließlich die Kinder, sobald sie lallen können, den Eltern aus den Armen reißen, um sie der Staatschule unter glaubenslosen Kreislaufinspektoren zu überliefern. Das ist keine Freiheit, das ist Tyrannie. Ohne eine feste religiöse Erziehung giebt es keine ordentliche Volksschule, auch ist es gar nicht denkbar, daß irgend ein Lehrgenestand in der Volksschule ohne Einmischung des confessionellen Elementes betrieben werden kann, und deshalb bin ich der Meinung, daß die Schule und zwar die katholische von katholischen, und die evangelische von evangelischen Schul-Inspektoren beaufsichtigt werden muß. (Lebhaftes Bravo im Centrum, Zischen links.) — Abg. Seyffardt: Wenn der Vorredner meint, daß die Grundsätze der Schulverwaltung zum Socialismus führen, so möge er es nur den Fabrikanten selbst überlassen, sich mit ihren Arbeitern in gutem Einvernehmen zu erhalten; er möge nur die Geistlichen veranlassen, nicht ihrerseits dieses Friedenswerk zu stören. (Beifall links.) — Tit. 16 wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums angenommen.

Bei Tit. 17 (zu zeitweiligen Remunerationen für Schul-Inspektoren im Nebenamt 193 020 M.) befragt Abg. Franz die Verwendung ganz unqualificirter Personen zur Local-Schul-Inspection. Es wäre richtiger gewesen, ehe man die Geisteskräfte aus diesem Amte entfernte, sich erst nach passenden Leuten umzusehen. Er finde es deshalb auch ganz natürlich, wenn sich die Meinung herausbilde, die Local-Schul-Inspection ganz zu beseitigen. — Tit. 17 bis 19a. werden hierauf bewilligt.

Abg. Wehrenpennig berichtet hierauf über mehrere Petitionen von Elementarlehrern wegen Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß, Erlaß eines Schulbotengesetzes, Gleichstellung der Elementarlehrer mit den Subalternatsbeamten u., die sämtlich durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden.

Zu Tit. 21 (Zuschüsse für Waisenhäuser und andere Wohlthätigkeits-Anstalten 94 531 M.) nimmt Abg. Oesterath das Wort, um sich darüber zu betragen, daß durch die Beschränkung der Thätigkeit der geistlichen Orden eine große Anzahl von Armen und Waisenkindern der materiellen und der geistlichen Hilfe beraubt seien.

Zu Tit. 22 (Zuschüsse für gewerbliche Fortbildungsschulen) empfiehlt Abg. Knebel folgende von ihm beantragte Resolution zur Annahme: Die Staatsregierung aufzufordern, im nächstjährigen Etat Zuschüsse für die landlichen Fortbildungsschulen in ähnlicher Weise vorzulegen, wie solche für die gewerblichen Fortbildungsschulen schon vorgesehen sind. Der Antrag geht an die Budget-Commission. — Abg. Miquel hält es für notwendig, daß der Besuch der gewerblichen Fortbildungsschulen obligatorisch gemacht werde, und rügt es, daß die Regierung eine Anzahl nicht obligatorischer Unterstützungen gewährt habe, während sie einzelnen obligatorischen verweigert seien. — Geheimrath Schneider: Grundsätzlich werden vorgeworfene obligatorische Schulen unterstützt, dabei ist aber nicht ausgeschlossen, daß auch nicht obligatorische Subventionen werden. 1874 haben 33 Anstalten Zuschüsse erhalten, 1875 deren 44, während für dieses Jahr bereits weitere Unterstützungen in Aussicht genommen sind.

Man geht nunmehr zu Kap. 123 „Universitäten“ über, welches einer Vorberathung in der Budget-Commission unterzogen wurde. Im Auftrage derselben referirt Abg. Birchow, der einige allgemeine Bemerkungen über die Aufstellung des Universitäts-Etats voranschickt, welche trotz mancher Verbesserungen noch einen Einblick in die Natur und Verwendung einzelner hier in Frage kommender Fonds vermissen lasse. — Eine Resolution der Budget-Commission: Die Staatsregierung aufzufordern, künftig bei allen denjenigen Universitäten, auf welcher akademische Lesevereine bestehen, für dieselben einen festen jährlichen Beitrag nach Analogie der für Königsberg, Bonn und Breslau bestehenden Etatsposition anzunehmen, wird angenommen, ebenso ein Antrag derselben zu Tit. 2 (Universität Berlin), worin die Regierung aufgefordert wird, im nächsten Etat eine höhere Zuschuss-Summe zu der Dotation der Professorenwitwen- und Waisenversorgungsanstalt in Aufschuß zu bringen.

Zu demselben Titel plaidirt der Abg. Wehrenpennig dafür, das Terrain des Berliner botanischen Gartens, der eine europäische Reifezeit erlangt habe, durch Ankauf zu erweitern. In demselben Sinne sprechen sich die Abgg. Birchow und Dohrn aus, während die Reg.-Commissionen erwidern, daß ein solcher Antrag bisher an die Regierung nicht gekommen sei, die Regierung aber dem Garten auch ferner ihre gewöhnliche Fürsorge zuwenden werde.

Zu Tit. 3 (Universität Breslau) wünscht Abg. Fuchs einen Ankauf über die Verwendung einer in Posen gesammelten Collete, welche alljährlich nach Breslau zur Unterstützung Posener Studirender geschickt wird. — Geheimrath Göppert entgegnet, daß sie wohl ihrer Bestimmung entsprechend werde verwendet werden. Seien keine Studirende aus Posen da, so bliebe nichts übrig, als Schlesien zu bedenken.

Tit. 20 enthält als Zuschuß für die Universität Bonn 713 500 M. Abg. Frhr. v. Fürth kommt auf seine bereits im Vorjahre vorgebrachte Beschwerde über die Besetzung der katholisch-theologischen Facultät in Bonn zurück. Mit Ausnahme eines einzigen sind alle ordentlichen Professoren altkatholischen, und die beiden römisch-katholischen außerordentlichen Professoren und der eine römisch-katholische Privatdocent einer solchen Majorität unterworfen. Noch trauriger sei dies bei den Zahlenverhältnissen der Theologie Studirenden, von denen 67 römisch-katholisch und nur 9 altkatholisch sind. Die ersten haben sich der Disciplin der altkatholischen Professoren zu unterwerfen, sie haben bei dem altkatholischen Dean die Inscription nachzusuchen und von ihm die Zeugnisse zu erbitten, welcher sie bedürfen um Stipendien zu erhalten. Alles dies ist bei der herrschenden Erbitterung zwischen römischen Katholiken und Altkatholiken unerträglich. Diese Ungleichheit ist durch den Cultusminister abhelfbar herbeigeführt, indem er unter Uebergehung eines römisch-katholischen Extra-Ordinarius einem Altkatholiken von fernher die ordentliche Professur der Dogmatik übertrug und die Professur der Kirchengeschichte ganz unbesetzt läßt, wahrscheinlich, weil er keinen ihm genehmen Mann findet. Das ganze Verfahren steht im Widerspruch zu dem nach Gründung der Bonner Hochschule zwischen der Staatsregierung und dem Erzbischof von Köln über die Besetzung der theologischen Professuren getroffenen Abkommen, der nur unter der Bedingung, daß die Anstellungen im Einvernehmen mit ihm zu erfolgen hätten, auf die Errichtung eines erzbischöflichen Seminars für Studirende katholischer Theologie verzichtet hat. — Die weiteren Ausführungen bleiben bei der schwachen und völlig heiser gewordenen Stimme des Redners und der großen Unruhe, welche im Hause während der anderthalbstündigen Rede herrscht, vollständig unverständlich. Auf die immer und mit gesteigerter Lebhaftigkeit wiederkehrenden Schlussrufe erwidert Präsident v. Bennigsen: M. S., ich bitte um Geduld, der Redner nähert sich angestrengt bereits der neuesten Zeit! (Stürmische Heiterkeit.) Dennoch legt der Redner mit unerschütterlicher Ruhe den Vortrag fort. (Lebhaftes Unterbrechung.) Präsident: Wenn Sie den Redner unterbrechen, wird sein Vortrag sicher nicht länger! (Heiterkeit.) Sollte der Redner übrigens beabsichtigen, noch lange zu sprechen, so muß ich ihn ersuchen, die Tribüne zu betreten; er ist vom Plakat vollkommen unverständlich. Abg. v. Fürth berichtet, nur wenige Sätze zu sprechen zu haben und schließt in der That unter großer Unruhe des Hauses einige Zeit darauf.

Cultusminister Falt: Die beiden altkatholischen Professoren sind nicht abgesetzt worden, weil sie nach den Statuten einfach nicht abgesetzt werden konnten. Was die Anstellung des dritten Professors betrifft, so ist diese Angelegenheit im vorigen Jahre auf das Ausführlichste hier erörtert worden, und die große Majorität hat das Handeln der Regierung als ein vollständig gerechtfertigtes anerkannt. In Bezug auf die Wiederbesetzung der vacanten Professur sind Verhandlungen zwischen mir und dem Erzbischof von Köln seit langem im Gange. Er hat mir zwei Herren vorgeschlagen, von denen der Eine seitdem Mitglied der Centrums-Fraction des Hauses geworden ist, der andere dem clericalen Seminar zu Mainz angehört, welches unter der Direction der Herren v. Ketteler und Moutang steht. Ich habe beide nicht acceptirt! Die Position wird bewilligt. — Hierauf vertagt sich das Haus bis Donnerstag.

28. Sitzung vom 16. März.

Berathung des Cultus-Etats. Bei Titel 9, Kap. 153 (Akademie Münster) richtet Abg. Schlüter an den Cultusminister die Bitte, eine Aenderung der Statuten der Akademie zu Münster eintreten zu lassen. Grund zu diesem Wunsch sind die großen Veränderungen, vor allem aber ein gefasster Beschluß des westfälischen Provinzial-Landtages in Folge der Ernennung evangelischer Professoren, nach welchem die Akademie als rein katholisches Institut anzusehen sei. Es sei wünschenswert, daß endlich einmal dieser Irrthum beseitigt werde. Er bitte den Cultusminister, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren; der größte Theil der westfälischen Bevölkerung werde ihm dank wissen, daß er das Licht des Leuchthurms hell in die Finsterniß des westfälischen Landes hineinleuchten lasse. — Abg. v. Schorlemer-Möst erinnert daran, daß der rein katholische Charakter der Akademie durch das Statut selbst garantirt sei, sonst würde der Abg. Schlüter nicht eine Aenderung desselben verlangen. Gewundert habe er sich, daß der Abg. Schlüter die abgehandelte Frage von einem Leuchthurm in der westfälischen Finsterniß gebraucht habe; als West-

fale sollte er doch selbst wissen, daß die Sonne in jenem Lande ebenso hell scheint, wie anderswo. — Abg. Birchow erwidert, daß seines Wissens Leuchthürme nicht für diejenige Zeit benützt würden, in der die Sonne scheint (Heiterkeit), sondern bestimmt seien, in die Nacht hineinzuwirken. Nun werde aber Niemand leugnen können, daß Westfalen ebenso wie jede andere Provinz Schatten genug besitze, um einen solchen Leuchthurm brauchen zu können. Der Wunsch des Abg. Schlüter sei völlig gerechtfertigt, doch müsse er noch weiter gehen und auch die Aufhebung des katholischen Charakters der theologischen Facultät der Akademie Münster verlangen, weil durch diesen sich die Schwierigkeiten der Verhältnisse für die Regierung gegenüber von Jahr zu Jahr mehrten. Kap. 126 „Kunst und Wissenschaft.“ Für die „Kunst-Museen in Berlin“ sind an Befolgungen, persönlichen und sächlichen Ausgaben 617,765 M. ausgeworfen. Die Budget-Commission stellt hierzu folgenden Antrag: „Die Regierung aufzufordern, a. bei der Aufstellung der Etats-Etats für die Kunst-Museen dafür Sorge zu tragen, daß für jede einzelne Abtheilung eine genügende Summe für sächliche Ausgaben ausgeschrieben und dem betreffenden Abtheilungsdirector zur freien Verfügung gestellt werde, daß ferner ein größerer Dispositionsfonds vorbehalten werde, dessen Verwendung auf Grund von Voranschlägen stattfindet, welche in einer, unter Vorbehalt des Generaldirectors zusammenzutretenden Sitzung aller Abtheilungsdirectoren gefaßt werden; b. im Interesse der in hohem Maße gefährdeten Entwicklung der Kunst-Museen eine baldige Befreiung der vacanten und bisher nur provisorisch verwalteten Stellen herbeizuführen.“ Außerdem beantragte Wehrenpennig, in den Etat folgenden Vermerk anzunehmen: Dem Ausgabebest für die Kunst-Museen und der königlichen Bibliothek zu Berlin bezugs Vertheilung der Sammlungen tritt der Erlaß für Verkauf der Doubletten insoweit hinzu, als er das Einnahmeseit übersteigt.“

Referent Birchow: Es ist nicht zu leugnen, daß die Frage über die Kunst-Museen in den letzten Jahren in eine höchst unerquickliche Verwickelung gerathen ist. Ich kenne keine preussische Verwaltungsbehörde, die durch die Differenz der persönlichen und sächlichen Interessen so oft in Conflict geräth wie diese. Wir haben in der Budget-Commission vor Allem zwei Verhältnisse ins Auge gefaßt. Das erste war das Verhältniß der Abtheilungs-directionen zu der General-direction. Die Differenz zwischen den einzelnen Kunstgebieten ist eine derartige, daß es dem einen Abtheilungsdirector unmöglich ist, in eine andere Abtheilung überzutreten, weil er durchaus nicht die Kenntniß der Details besitzen kann. Hieraus geht aber schon hervor, daß es keine einzelne Persönlichkeit an der Spitze aller Abtheilungen geben kann, welche sich auf allen Gebieten ein maßgebendes Urtheil anmaßen kann. Ich will hier dem Generaldirector keinen Vorwurf machen, daß er verschiedene Mißgriffe gemacht hat, aber das ist nicht zu verkennen, daß sein Eingreifen ein weitergehendes ist, als es nützlich erscheinen möchte. Die Abtheilungs-directionen, welche selbstständige Institute sein müssen, sollen specifisch Sachverständige an der Spitze haben, die wirklich ein technisches Urtheil abgeben können. Nun ist aber die Selbstständigkeit der Abtheilungs-directionen der General-direction gegenüber in der Weise beschränkt, daß sie für die kleinsten Sachen des Dienstes der Zustimmung der General-direction unterworfen ist, und zwar werden die Verhandlungen nicht mündlich, sondern stets schriftlich geführt. Hieraus entsteht eine so großartige Ueberhäufung mit Kleinigkeiten, daß man sich nicht wundern kann, daß die General-direction nicht Zeit hat, sich mit größeren Fragen zu beschäftigen. Die Budget-Commission hat sich nun gefragt, wie sie wohl am besten ein Verhältniß herstellen könne, welches eine Ausgleichung der Interessen herbeizuführen im Stande wäre. Sie hat geglaubt, als dies passender in der Weise geschehen könne, daß ein Zutritt aller einzelnen Abtheilungs-directoren stattfindet, als wenn die Frage durch eine fremde und weniger sachverständige Instanz behandelt wird. Die Stellung des Cultusministers wird durch diesen Vorschlag nicht geändert. Was den zweiten Theil der Anfrage anbelangt, so habe ich besonders zu bemerken, daß die hier in Rede stehenden Vacanzen allerdings auf die Stellung des Generaldirectors betreffen; denn dieselbe ist augenblicklich provisorisch, aber die Vorschläge der Commission beziehen sich hauptsächlich auf die Assistenten der Directoren und das technische Personal überhaupt. Ich glaube, daß das Haus allen Grund hat, bei dem allgemeinen Interesse dieser Frage, darauf zu dringen, daß die Regierung hier nicht allein ein definitives Verhältniß herstellt, sondern auch in dem Sinne, daß an die Spitze der einzelnen Abtheilungen wirkliche Vertrauensmänner gestellt werden. Behauptet die Regierung, daß sie geeignete Männer nicht finden könne, die allen Anforderungen genügen würden, so mag eine Reorganisation eintreten; so lange aber die Institution bestehen bleibt, wie sie ist, muß man den Abtheilungsdirectoren die nöthigen Mittel zur Lösung ihrer Aufgaben in die Hand geben.

Abg. Wallisch: Die Berliner Kunst-Museen haben eine historisch-nationale Bedeutung für uns. Zwar über-treffen uns andere Länder und andere deutsche Städte; unsere Gemäldegalerie kann beispielsweise nicht annähernd mit der Dresdener Galerie verglichen werden und in München hat man ebenfalls viel bedeutendere Bilder als hier; aber in der Vereinigung dieser Sammlungen steht das Berliner Museum einzig da. Das Interesse für diese Kunst-Anstalt ist daher ein bedeutendes und die Frage bei der Etatsberathung berechtigt, ob die Verwendung der dafür bestimmten Mittel eine zweckmäßige ist. Die Mängel der Organisation hat der Referent bereits vorgeführt. Ich möchte einige Uebelstände von nicht geringerer Art hier erwähnen, die besonders vorhanden sind bei den Abtheilungen, in denen die Sculpturen und die Gemälde gezeigt werden. Das Publikum, welches diese Sammlungen besucht, besteht zu meist nicht die nöthigen Vorkenntnisse, um die Zeit zweckmäßig anzuwenden, und es gebührt dazu vor Allem Wegweiser. Als fleißigster Besucher des Museums ist mir aufgefallen, daß das unter der Oberleitung stehende Personal in unseren Museen sich keineswegs durch die in diesen Fällen wünschenswerthe Höflichkeit und durch Entgegenkommen auszeichnet. Von großer Bedeutung ist ferner eine richtige Bezeichnung der Gegenstände, sowohl der Statuen, wie der Gemälde, und deren Läst es unsere Sammlung in hohem Grade fehlen. Ich muß noch erwähnen, daß, wo Abtheilungsdirectoren den Versuch machen, eine correcte Bezeichnung der Kunstwerke zu

geben, sie auf Widerstand Seitens der Oberleitung gestoßen sind, und zwar ist dies insbesondere bei der Gemäldegalerie der Fall gewesen. Auch der archäologische Abtheilung, die sich unter der Leitung eines ausgezeichneten Gelehrten befindet, muß ich hier noch Erwähnung thun. Bei dieser ist wohl die Beschaffung und Erwerbung, keineswegs aber die Aufstellung und Bewahrung der Gegenstände in der nöthigen Weise unterstützt worden. Es wird ein ganz bedeutender Theil der Terracotten-Sammlung aus Tanagra durch die Feuchtheit des Raumes, welcher sich im Erdgeschosse befindet, beschädigt. Auch die große Basensammlung ist sehr unzuverlässig aufgestellt, sie würde sonst in sehr anregender Weise auf das Publikum wirken können, da sie ein wirkliches Kunstinteresse hat. Zahlreiche Kunsthandwerker würden die Sammlung besuchen und vielfache Anregung entnehmen können. Ich bin erst durch Professor Curtius in die Räume geführt worden, in denen seit Jahren hyrische und etruskische Alterthümer seit Jahren dem Auge des Publikums entzogen sich befinden. Der neben dem Sculpturenraum sich befindende Raum für Renaissance macht trotz der schönen Gegenstände den Eindruck einer halben Kuppelkammer, wie ich auch tabeln muß, daß hier die Restauration der Kunstwerke nicht mit der nöthigen Schonung ausgeführt wird. Die Thonfiguren der Renaissance sind durch die ungeliche Proceur der Wägen und die Statuen und Büsten durch Bearbeitung mit harten Instrumenten sehr erheblich in ihrem geistigen Ausdruck und ihrem Kunstwerth beschädigt. Ich kann es aber nur loben, daß bei dem beschränkten Raum unserer Kunst-Anstalt diejenigen Abtheilungen, welche nicht direct zur Kunst gehören, aus dem Gebäude entfernt werden und wünsche, daß in diesem Bestreben in Bezug auf die nordische und ethnographische Sammlung fortgefahren werde. Der enge Raum und das mangelhafte Heizungsverfahren sind auch in der Gemäldegalerie der Conservierung der Gemälde und der Betrachtung derselben äußerst schädlich. Auch die Erweiterungen, für die wir einen bedeutenden Titel im Etat haben, werden nicht so ausgeführt, wie es sein sollte. Auch sollte man mehr Mittel für die dem Volke zugänglichen Abtheilungen der Sculptur und der Gemälde verwenden, als für die nur den Kenner interessirenden, wie das Münzcabinet. Die Ueberwachung der Anstalten, welche die General-direction in Anspruch nimmt, erschwert den Erwerb sehr, so daß in dieser für Ankäufe von Kunstwerken ungünstigen Zeit viele vortheilhafte Acquisitionen werthvoller Gemälde deshalb nicht zu Stande kamen, weil die General-direction ihre Zweckmäßigkeit bezweifelte. Auch die schließliche Entscheidung über die Schtheit ist wohl in streitigen Fällen nicht der General-direction zu überlassen. Ich würde Beilegung der General-direction und directer Unterstellung der Abtheilungsdirectoren unter das Ministerium als das beste Mittel zur Abhilfe der Mißstände empfehlen.

Abg. Mommsen: Das tiefe Bedauern, welches ich mit den Vorrednern theile, sowie meine nahe Stellung zu diesen Angelegenheiten machen es mir zur Pflicht, über die Schäden unserer Museen zu sprechen, wenngleich ich beschränken muß, Persönlichkeiten zu verlegen, die mir seit Jahren befreundet sind, und weil die Angelegenheiten in dem Grade verfahren sind, daß man nicht weiß, ob ein in diesem Hause gesprochenes Wort mehr nützt oder schadet, mag es noch so ehrlich gemeint und sachlich noch so berechtigt sein. Aber ich will es darauf wagen. Ich weiß ja, daß Staatsregierung und Abgeordnetenhaus den Anstalten innig befreundet sind und hoffe, daß wir einmal da, wo es sich um die wirkliche Cultur handelt, den Culturkampf einen Augenblick ruhen lassen können. Es ist unangenehm, daß die ungeheuren Schäden, die hier obwalten, sich in zwei große Massen theilen: in die Schäden, die die Personen angeht, und in die Schäden, welche von den Institutionen herbeigeführt worden sind. Ich will auf die ersten nicht weiter eingehen, sondern nur Ihnen das Administrations-Schema in Erinnerung rufen, und an Jeden von Ihnen die Frage zu richten, ob bei diesem Administrations-Schema etwas anderes herauskommen kann, als was herausgekommen ist. Darin stimmen wir wohl alle überein, daß das eigentliche Schwerkrieg der Verwaltung auf dem Abtheilungs-director beruhe. Darum sprechen wir ja nicht vom Museum, sondern von königlichen Museen, weil diese Sammlungen, die dort unter einem Namen vereinigt sind, durchaus getrennte Anstalten bilden und durchaus verschiedenen Gelehrtenkreisen angehören. Die Directoren dieser einzelnen Abtheilungen müssen vor allen Dingen so gestellt sein, daß sie sich in jeder Weise frei zu bewegen und ihr ganzes Sein und Thun ihrem hochheiligen Zweck zu widmen vermögen. Ist das bisher geschehen? Es gab eine Zeit, und es ist heute noch nicht besser, daß es keinen Abtheilungs-Director gab, der nicht Professor der Universität oder einer anderen Hochschule war, und der in Folge beider Berufstellungen keine völlig erfüllen kann. Der Abtheilungs-director soll reifen und sich stets in den Erwerbsländern befinden. Sehen Sie sich doch an, wie die Directoren des britischen Museums überall im Auslande zu treffen sind, überall an der richtigen Stelle ihre Pflicht thun! Das brauchen wir auch. Nicht den großen, namhaften Gelehrten brauchen wir an dieser Stelle, sondern den sachkundigen erfahrenen Mann, der ganz seine Pflicht thun kann und thun will, und den haben wir nicht. Da hilft es nicht, wenn Sie etwas mehr Freiheit in die Bewegung schaffen, vor allen Dingen schaffen Sie die Möglichkeit der Thätigkeit. Der Abtheilungs-director hat bei uns eigentlich nur ein Vorschlagsrecht zunächst an die sogenannte technische Direction. Diese besteht aus Leuten, welche sachverständig sind, oder welche es nicht sind (Heiterkeit). Wenn man die Mitglieder dieser technischen Commission kennt, die sonst dem Museum nicht angehören, so wird Jeder zugeben müssen, daß sie — um es milde auszudrücken — nur durch ein Versehen in diese Stellung gerathen sein können. Man hat dann einige Abtheilungs-directoren in die technische Direction hineingelegt, wo sie noch viel weniger am Platze sind. Die Controle eines solchen Abtheilungsdirectors kann nur durch andere Sachverständige desselben Fachs geführt werden, das richtig sich namentlich auch gegen den jetzigen Vorschlag der Budget-Commission. Sind denn, wenn für das ethnologische Museum gekauft werden soll, die Männer vom Münzcabinet oder der ägyptischen Abtheilung geeignet, darüber zu bestimmen? Ich glaube kaum! Was uns fehlt, sind General-commissionen aus

den einzelnen Fächern, wie sie z. B. bei der Nationalgalerie bestehen, mit denen man die Directoren umgibt. Diese technische Commission ist es nun eigentlich, welche nach dem Statut über die wichtigsten Aufkäufe entscheiden sollte. Ob sie wirklich darüber entscheiden lasse ich dahin gestellt sein, denn ob die Praxis des Museums sich nicht von der Theorie in diesem Punkte sehr wesentlich unterscheidet, das ist eine Untersuchung, welche hier nicht angeht. Hat nun diese technische Commission begutachtet, dann geht die Sache weiter an den Generaldirector, derselbe soll kein technischer Director sein, aber, da er als Generaldirector der Museen ausgewählt wird, so ist es natürlich, daß er ein gewisses technisches Urtheil sich beilegen muß. Für eine wirkliche unbefangene allen Abtheilungen gleich gegenüberstehende Direction, steht die Stellung des Generaldirectors doch der technischen zu nahe. Von dieser Generaldirection geht dann die Sache an die Ober-Generaldirection, an den sogenannten Protector. Sie wissen, daß man den Kronprinzen in diese Stellung hineingezogen hat. Wie wenig diese Stellung geeignet ist, dafür ist wohl der beste Beweis, daß, wenn man über diese Angelegenheiten sprechen will, man es nicht thun kann, ohne den Namen des Erlauchten Herrn in einer solchen Debatte zu erwähnen. Ich will dabei nicht verweilen. Wenn diese vier Instanzen gesprochen haben, so geht die Sache an die fünfte, an das Ministerium und wird dort schließlich erledigt. Also: Abtheilungsdirector, technische Commission, Generaldirection, Protector (Heiterkeit) und ferner schließlich das Ministerium und event. wird noch die Genehmigung des Kaisers eingeholt. Alle diese fünf Instanzen haben die Macht zu schaden, sie können ja alle nein sagen. Weist nun aber einem noch die Macht, zu nützen, zu schaffen und einzutreten, wo es nöthig ist? Ich glaube nicht; ich muß sagen: ich bedauere jeden Herrn, der in diesem Getriebe sich befindet oder in dasselbe hineinkommt. Ich habe es schon oft erlebt, daß Männer mit dem besten reinen Willen von auswärts in diese ungeliche Maschine hineintreten, und kaum sind sechs Monate in's Land gegangen, so hat sich dieselbe Erbitterung, dieselbe Verwirrung mühte ich sagen, des Krieges Aller gegen Alle, wie es mit Recht bezeichnet ist, auch ihrer bemächtigt. Es ist keiner, der einer solchen Maschine zu widerstehen im Stande ist. Wenn unter solchen Bedingungen uns noch der Erwerb der Guernonvillien Sammlung und die brillante Erwerbung der großen Münzkabinette gelungen ist, so muß man sagen, es ist wirklich das Menschennüchliche geleistet, und es hat sich wieder der gute alte Glaube an das deutsche Volk bewährt, daß, mag es noch so verkehrt regiert und administrirt werden, doch noch immer das Rechte in gewisser Weise durchschlägt. (Heiterkeit.) Aber freilich, was in dieser Hinsicht gelungen ist, das erfahren wir alle, was aber in irriger Weise aus dieser verwirrten Verwaltung herauskommt, erfährt glücklicherweise Niemand. Wenn man das nur nachrechnen könnte, was während dieser ungelichen Verwaltungsordnung geschadet worden ist, welche politischen, pecuniären und moralischen Nachtheile uns zugefügt worden sind, bloß dadurch, daß das Generaldirectorium der königlichen Museen mit seiner Correspondenz in einer Weise in Rückstand ist, wie das selbst unter Privaten sonst nicht vorkommt (Hört! Hört!), so würde das allein ausreichen, um eine Reform schlechthin notwendig zu machen. Man muß zur Entschuldigung der Generaldirection sagen, daß allerdings bei einem solchen Geschäftsgang eine eppeditte Geschäftsführung eine Aufgabe ist, die ein unglänzendes Talent voraussetzt. Das sind die Fehler der Institutionen, freilich combinirt mit den Fehlern der Personen. Ich werde gegen die vorgeschlagenen Resolutionen stimmen und zwar, weil sie mir zu schwach sind. Wenn Jemand aus zehn Wunden blutet und man legt ihm ein Pflaster auf eine Schramme an der Fingerspitze, so ist das vielleicht human, aber nicht sehr rationell, und so kommen mir diese Vorschläge vor. Was nützt es in diesem Augenblick unter diesen Verhältnissen, ob man einige administrative Uebelstände beseitigt, ob man einige Provisorien zu Definitiva macht? Es muß eine Einrichtung getroffen werden, wonach einerseits die Centralisirung der Fonds und andererseits die Verwendung derselben durch Sachverständige neben einander erreicht werden kann. Also streichen Sie alle diese ungelichen Zwischengestalten heraus; — keine technische Commission, keine Generaldirection; geben wir dem hohen Protector die wirkliche Protection, zu der er berufen ist, aber machen wir ihn nicht zu einem Verwaltungsbeamten, der noch keiner ist. Geben Sie die Centralisirung dem Ministerium, stellen Sie die Abtheilungsdirectoren direct unter das Ministerium, dann kommen wir zu dem Resultat, welches wir gebrauchen. Mehr aber als diese frommen Wünsche auszusprechen, ist das hohe Haus nicht in der Lage; wo Sie nicht helfen können, da pflastern Sie auch nicht. Der Vorschlag der Budgetcommission aber ist ein Pflaster. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Petri wünscht Auskunft von der Regierung über den Ankauf der gefälschten sogenannten Moabitischen Alterthümer. Der „Reichs-An.“ brachte zwar eine Erklärung, daß der Ankauf von Seiten der Museumsverwaltung nicht geschehen, die Objecte vielmehr von dieser, von Anfang an, als verdächtig zurückgewiesen seien. Nichts desto weniger ist es doch eine Thatsache, daß auf Anrathen des Professors Schlottmann in Halle aus Staatsmitteln der Ankauf dieser gefälschten Alterthümer geschehen ist und zwar die ungeheure Summe von nicht weniger als 20.000 Thlr. (Hört! Hört!) Und dies geschah, trotzdem von vorne herein die ernstesten Zweifel an der Echtheit der Objecte laut geworden sind. Die Sache hat dadurch auch ein politisches Interesse gewonnen, daß das französische Consulat zu Jerusalem sofort nach der Auffindung der Alterthümer eine Prüfung derselben angestellt und sie für gefälscht erklärt hat. Natürlich konnte es nicht ausbleiben, daß die französischen Gelehrten, nachdem der Ankauf erfolgt, diese Niederlage der deutschen Wissenschaft in jeder Weise ausbeuteten, wobei sie freilich der Blamage ihres Landsmannes, des Abbes Domeneque vergessen haben, der bekanntlich die Schreibübungen eines hinterwälderischen Schuljungen für die wieder aufgefundenen Schriftzüge eines untergegangenen Volksstammes erklärte.

Abg. Graf Limburg-Sturum kann nach der Rede des Abg. Mommsen nur bitten, die Anträge der Budgetcommission abzulehnen, da sie irgend einen durchgreifenden Erfolg nicht haben können.

Abg. Birchow spricht den Wunsch aus, daß die Regierung auch die Berliner Museen auch an den Feiertagen zu denselben Stunden wie jetzt am Sonntag dem Publikum offen halten möge. Sodann sei jetzt nach der Freilegung des Plazes vor der Nationalgalerie jeder Grund fortgefallen, die große Thüre vor dem Treppenhause mit dem Raulbach'schen Wandgemälden noch ferner verschlossen zu halten.

Abg. Mommsen: Was die Moabitischen Alterthümer betrifft, so ist es durchaus keinem Zweifel unterworfen, daß eine Fälschung von der allerhöchsten Sorte hier stattgefunden hat. Aber in diesem Falle trifft die Generaldirection der Museen schlechterdings kein Vorwurf, sie ist bei der ganzen Angelegenheit nicht befragt worden. Diese Anschaffung ist aus dem königlichen Dispositionsfonds vollzogen und also weder die Ansicht noch der Geldbeutel der Generaldirection hierbei in irgend einer Weise in Mitleidenchaft gezogen worden. Die Verantwortung würde also hier unmittelbar das Ministerium treffen. Dieses ist in dieser Sache vorgegangen auf Anregung der deutschen morgenländischen Gesellschaft, der ersten wissenschaftlichen Corporation, die es auf diesem Ge-

biete giebt, und zunächst auf Anregung des Nestors der arabischen Wissenschaft, des erwiderten Fleischer. Daß unsere Regierung in diesem Falle etwas sehr Verkehrtes gethan, ist zwar völlig unzweifelhaft, aber sie hat eben auf eine Autorität hin gehandelt, der sie nach meiner Meinung zu folgen verpflichtet ist war. Also dieser Vorwurf, soweit er besteht, bleibt nun einmal auf dem deutschen Gelehrten stehen. Es muß aber hervorgehoben werden, daß eine große Anzahl Gelehrter, die von Anfang an die Sache richtig erkannten, unglücklicher Weise geschwiegen haben, wo sie hätten sprechen sollen. Es ist Pflicht, wenn dergleichen Schwindel umläuft, zur rechten Zeit die Feuerlöcher zu ziehen und zu warnen, daß nicht irgend ein Unschlauer hineinfällt, wie in diesem Falle der Minister Falk hineingefallen ist. (Heiterkeit.) Ich muß ferner betonen, daß ich selten einen internationalen Gelehrtenkampf mit einer solchen Unanständigkeit von deutscher Seite geführt gesehen habe, wie diesen. Es kann dies nur durch ein offenes Geständniß einigermaßen gestillt werden. Die Behandlung, der die acht barthen französischen und englischen Gelehrten von unseren deutschen Gelehrten und Quasigelehrten angesetzt worden sind, bis diese letzteren sich haben überzeugen müssen, daß jene Recht hatten und hier in der That eine Fälschung vorlag, ist geradezu unverantwortlich. Die Gelehrten haben also hier allein die Schuld zu tragen. Doch seien Sie nicht also streng gegen einen Sachverständigen, der sich verliest. Auch der beste Baumeister baut einmal ein Haus, wo nicht Alles in Ordnung ist, wo gelegentlich etwas zusammenfällt, was stehen bleiben sollte; und das ist unser Fall. Machen Sie nicht durch eine allzu scharfe Behandlung der Sache es dem Ministerium unmöglich. Sachverständige zu fragen, und nicht den Sachverständigen unmöglich, solche Fragen zu beantworten. Es ist in der That, wenn man neuen Funden gegenübersteht — ich bin kürzlich in einem ganz verwandten Falle gewesen und erinnere mich, wie hart wir vorher geschrammt sind an einem solchen Hineinfall (Heiterkeit) — es ist in der That ein solches Gutachten sehr häufig eine harte Aufgabe. Man hat nicht immer die gehörige Prüfungszeit, man kann nicht, wie die Vase der Professoren, denen ich übrigens gar keinen Vorwurf machen will, sich erst ein Jahr hinsetzen, um zu studiren, ob die Sachen echt sind oder nicht. So lange wartet der betreffende Händler, hier Herr Schapira, nicht, wenn er mit seiner Waare eingetroffen ist. Es ist ein arges Versehen, aber die öffentliche Meinung sollte die Schuldigen hinreichend gestraft ansehen und sie nicht allzuschärf verurtheilen. (Beifall.)

Abg. Rath Schöne kann alles, was der Borredner vorgeführt, nur einfach bestätigen. Der Ankauf ist erfolgt auf einen Antrag, den der Professor Schlottmann auf Autorität der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft an die Staatsregierung richtete, und das Resultat fand noch dazu von einem dem Ministerium selbst angehörigen speciellen Fachmann eine Würdigung, welche den Verdacht jeder Fälschung damals ausschloß. Ich füge indes zur Steiner der Wahrheit noch hinzu, daß soweit die Acten über diese Untersuchung bis jetzt anliegen, denn doch nur der Verdacht einer weitergehenden Fälschung allerdings bis zu einer sehr großen Wahrscheinlichkeit gebracht ist, daß es zugleich aber auch vollkommen berechtigt erscheint, daß ein Theil der Dinge nicht gefälscht sei. (Widerpruch links.)

Abg. Windthorst (Weppen) erklärt, gegen die Anträge der Budgetcommission stimmen zu müssen, weil sie zur Aufhellung der gerügten Uebelstände nichts beitragen können.

Von den Abg. Mommsen, Lasker und Gen. wird hierauf folgender Antrag eingebracht und vom Hause angenommen: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, in Erwägung, daß die Reorganisation der Verwaltung der Kunstmuseen dringend notwendig erscheint, um den aus der jetzigen complicirten Verwaltung resultirenden Mifständen abzuhelfen, in fernerer Erwägung, daß der Antrag der Budgetcommission nur einen Theil dieser Mifstände ins Auge faßt, spricht das Haus der Abgeordneten die Erwartung aus, daß die Staatsregierung die Reorganisation der Verwaltung der Kunstmuseen im Sinne der Vereinfachung und Decentralisation baldigst in Angriff nehmen werde.“

Bei Tit. 15 (Zuschüsse für die Akademie der Künste zu Berlin 354,686 M.) erinnert der Referent Abg. Birchow an den im vorigen Jahre auf Antrag der Budgetcommission bezüglich der Section der Tonkunst gefaßten Beschluß, wonach den sachverständigen Kreisen ein größerer Einfluß als bisher auf das Institut gesichert werden sollte. Dieser Beschluß hat dem Abgeordnetenhaus die allerlebhaftesten Angriffe von Seiten der Musiker zugezogen, die sich, wie in der Regel die Künstler, nicht gerade durch große Urbanität des Tons auszeichnen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es gilt dies besonders von einer Prosdire des Kapellmeisters Dorn, der sich übrigens, wie aus der Schrift selbst erhellt, gar nicht einmal die Mühe genommen hat, den stenographischen Bericht der betreffenden Verhandlung des Hauses durchzulesen. (Hört.)

Abg. Löwe: Die jetzt vielfach vernommenen Klagen gegen die heutige Leitung der musikalischen Hochschule sind gewiß zum Theile begründet. Die Beschwerdeführer haben indessen am meisten durch die persönliche Färbung geschadet, insbesondere waren die Angriffe gegen die Person des Directors, eines der bedeutendsten ausübenden Künstler, übertrieben und oft ungerecht. Weit mehr am Herzen liegt es mir indessen, hier einmal den jetzigen Zustand des deutschen Bühnenwesens zur Sprache zu bringen. Der Gedanke der Errichtung einer Theater-Akademie als Staatsinstitut ist in jüngster Zeit ebenfalls aufgetaucht, als wieder fallen gelassen. Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Schauspielkunst ihren Höhepunkt hinter sich hat. Es hängt das mit dem realistischen Charakter unserer Zeit zusammen: die sogenannte Theatersehnsucht ist glücklicherweise vorüber und die Eltern eines Sohnes aus guter Familie haben nicht mehr eine Lust zu beschreiben, daß derselbe ihnen entläuft, um sich aus Neigung und Liebe zur Kunst der ersten besten Schauspieltruppe anzuschließen. Daß die Theaterfreiheit nicht hieran die Schuld trägt, geht schon daraus hervor, daß das Repertoire der meisten neu entstandenen Theater besser ist, als das der älteren. Es fehlt eben überall nur an genügenden schauspielerischen Kräften. Bei der hohen Bedeutung der Schauspielkunst hat der Staat ein lebhaftes Interesse an der Ausbildung guter Schauspieler und Schauspielerinnen. Die Einrichtung einer Theaterschule ließe sich leicht im Anschluß an unsere vier Hoftheater zu Berlin, Hannover, Kassel und Wiesbaden bewerkstelligen.

Geheimrath Schöne: Es ist wohl nicht unbekannt, daß an die Regierung eine Petition um Einrichtung einer Theaterschule gerichtet worden ist. Der Cultusminister hat sich zunächst mit dem Ressort, dessen Aufsicht die Theater unterstehen, nämlich mit dem Ministerium des Innern, in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen sind noch in der Schwebe, und die vielseitige Behandlung, welche die Sache seitdem in der Presse gefunden hat, wird insofern förderlich sein, als das Resultat derselben bei der Entscheidung der Regierung verwerthet werden wird.

Bei Titel 23 (Zuschüsse für eine Reihe von Privat-Anstalten und Vereinen) weist Abg. v. Schorlemer-Mst auf ein Rescript des Cultusministeriums hin, welches den Schulen zur Anschaffung für die Schülerbibliotheken und zu Prämien eine Reihe von Jugend-schriften empfiehlt, unter denen sich auch eine Bearbeitung des Simplificius befindet. Dieses Buch enthält eine Reihe von Dilettanten der Art, daß es bedenklich scheint, die betreffenden Stellen im Hause zu verlesen, ohne vorher die Deffentlichkeit aus-

zuschließen. Wahrscheinlich sei die Regierung zu der Empfehlung des Buches nur dadurch gekommen, daß in der Vorrede der Jesuitenorden für die Gräuel des dreißigjährigen Krieges verantwortlich gemacht werde. Geh. Rath Schneider erwirbt, die Empfehlung der Bücher seitens der Regierung sei nicht in den Sinn erfolgt, daß jedes Buch jedem Schüler ohne weitere Prüfung in die Hände gegeben werden solle, sondern daß der Lehrer nach eigenem Ermessen eine entsprechende Auswahl treffe. Uebrigens handele es sich hier nicht um Kinder, sondern um heranwachsende Jünglinge, mit denen man auch bedenklichere Thematiken besprechen müsse, um sie daran zu gewöhnen, auch die Dinge in feinem Sinne aufzufassen. Wollte man dies nicht als berechtigt anerkennen, so dürfe man der Jugend auch die Bibel nicht in die Hand geben. (Sehr richtig!) Uebrigens werde die Regierung gern bereit sein, aus der Anregung des Vorredners Veranlassung zu einer nochmaligen Prüfung der Bücher zu nehmen und event. Abhilfe zu schaffen.

Abg. Birchow: Ich glaube nicht, daß der Reg.-Commissar glücklich in seiner Erwiderung gewesen ist (Zustimmung.) Ich bin selbst einmal so leichtsinnig gewesen, auf den Rath eines guten Freundes, der mir den „Simplificius Simplificissimus“ als ein hervorragendes Literaturwerk empfahl, mir das Buch zu kaufen. Ich gestehe, ich bin beim Lesen geradezu darüber erschrocken und habe mir die größte Mühe gegeben, es so zu secretiren, daß es keinem Mitgliede meiner Familie in die Hände fiel. (Hört! im Centrum.) So groß auch immer das Interesse an der culturhistorischen Entwicklung unserer Nation sein mag, so darf es nicht dazu führen, unsere Jugend gerade in die schmutzigsten Seiten des Culturlebens einzuführen. Wenn der Regierungskommissar sich auf die Bibel und die darin enthaltenen anstößigen Stellen beruft, so erwidere ich ihm, daß es eben immer unser Wunsch war, dieselben Stellen der Lectüre unserer Jugend vorzuenthalten.

Geheimrath Schöne: Ich kann nur wiederholen, daß eine Revision der Liste der empfohlenen Bücher stattfinden wird. Natürlich handelt es sich hier nicht um die Ausgabe des „Simplificius“, welche der Abg. Birchow gelesen hat, sondern um eine Bearbeitung des Buchs für die Jugend von dem Jugendchriftsteller Ferdinand Schmidt.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Mst: Ich muß der Regierungskommissar dahin berichten, daß der Bearbeiter des Buchs nicht Ferdinand Schmidt, sondern Hugo Meyer heißt. (Heiterkeit.) Die Bearbeitung ist eben derartig, daß ich Anstand nehme, hier öffentlich vor erwachsenen Männern die anstößigen Stellen vorzulesen.

Abg. Behrenspennig: Ich glaube nicht, daß irgend ein Auszug des „Simplificius“ im Stande ist, die bösartigen Wüth der Fälschung, Verwüstung und moralischen Verwilderung, welche der 30jährige Krieg im Gefolge hatte, in einer für eine Jugendchrift entsprechenden Weise umzumalen. Wenn derartige Bücher vor oben herab, ohne genau geprüft zu sein, empfohlen werden, wird man schwerlich von dem einzelnen Lehrer erwarten können, daß er sich noch von der Unschicklichkeit des Buches überzeugt. Ich glaube, die Oberinstanz hat hier einmal den alten Satz wahr gemacht: Nonnusquam dormitat bonus Homerus! (Heiterkeit und Zustimmung links.) Sie, m. H. (zum Centrum), haben mit den Jesuiten einen Anstoß gegen den Cultusminister versucht. — Sie sind gescheitert; Sie haben den Angriff in der Frage des Religionsunterrichts wiederholt. Sie sind gescheitert: Sie haben ihn bei den Regulativen, bei der Schulinspection wieder aufgenommen. — Sie sind gescheitert. Sechs Monate haben Sie Ihr Material im ganzen Lande gegen den Minister gesammelt, und Sie haben es fünf Tage lang hier mit einer Zäsigkeit und Ausdauer in's Feld geführt, die ich bewundere. Und was ist Ihnen gelungen? Von allen Klagen, die Sie vorgebracht, ist nur die eine einzige substantiirt befunden worden, daß ein Buch in eine Empfehlung des Ministeriums hindurchgeschlüpft ist, wo es nicht hingehörte. Das ist der einzige Erfolg, den Sie zu verzeichnen haben! (Sehr gut! links.)

Cultusminister Falk: Der Abg. von Schorlemer wird wohl kaum im Ernste annehmen, daß ich alle die empfohlenen Bücher selbst gelesen habe. Ich werde das in Rede stehende Buch nummehr lesen, und wenn ich dann die Behauptungen des Abg. v. Schorlemer begründet finde, so werde ich nicht anstehen, einzugehen, daß ein Fehler begangen worden ist, der verbessert werden muß. (Beifall links.)

Zu Tit. 3 (Zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen und Lehrer aller Bekenntnisse 3,378,186 M.) nimmt das Wort Abg. v. d. Goltz: Ich habe gestern das Verfahren der Regierung bei der Erhöhung der Lehrergehälter gekennzeichnet, heute will ich dasselbe in Bezug auf die Gehälter der Geistlichen thun. Dazu veranlaßt mich ein Fall im Regierungsbezirk Marienwerder. Die Regierung verlangte nach Verfügung des Ministers, da die Gemeinde prästationsfähig sei, unter Anhebung von Gremialmaßregeln die Erhöhung des Gehaltes des Geistlichen von der Gemeinde und stütze sich auf § 164 des Tit. 11 Theils II. des Allg. Landrechts und auf § 47 der Kirchengemeinde-Ordnung. Ich kann weder in diesen Paragraphen ein Rechtsfundament für das Vorgehen der Regierung erkennen, noch in dem Vorgehen selbst ein Einverständnis mit den von Herrn dieses Hauses bei der Beratung der Kirchengemeindeordnung über diese Frage geäußerten Ansichten.

Geh. Rath Schallahn: Die Voraussetzung des Vorredners, die Intentionen des hohen Hauses seien dahin gegangen, daß die Gemeinden nicht zu den Gehalts-erhöhungen der Geistlichen herangezogen werden sollten, sondern daß allein der Staat einzutreten habe, ist nicht richtig. Im Gegentheil herrschte im Hause bei den Verhandlungen die ausschließliche Ansicht, daß in erste Linie die Gemeinde heranzuziehen sei und daß die Dilettanten des Staates nur subsidiär einzutreten habe; ja es herrschte sogar Zweifel darüber, ob die Regierung die Gemeinden genügend in Anspruch nehme. Die Rechtsgrundlage für das Verfahren der Regierung ist außer dem citirten § 164 des Allg. Landrechts auch der § 18 der Regierungs-instruction, welche auch vom Gerichtshof für Competenz-conflicte als maßgebend anerkannt ist. Demjenigen Gemeinden, welche sich überlastet glauben, steht überdies die Beschwerde an den Minister frei.

Abg. v. Heereman: Ich will mich nicht auf das vom Abg. Lasker in seiner vorgestrigen Rede betretene Gebiet der Pädagogik begeben, welches derselbe als seine Domäne zu betrachten scheint, obwohl er selbst sich mehr zum Object als zum Subject pädagogischer Wirksamkeit eignet. Ich will nur die Stellung der Katholiken zu dieser Position kennzeichnen, für die es eigentlich komisch ist, bei dem Sperrgesetz noch Remunerationen zu haben. Das ist, wie wenn man jemandem die Wahlzeit entzieht und ihm zum Nachschub eine Mandel verspricht. Nach dem Sperrgesetz vom 22. April hat der Cultusminister Geistliche abgewiesen, welche die Zahlung ihres Gehaltes postnumerando bis zum 22. April forderten, obwohl ein Appellations-Erkenntnis mit Vernichtung des erlitterten Urtheils die Klage eines Steuerempfängers abgewiesen hat, welcher die Zahlung des Gehalts eines Geistlichen bereits bis zum 22. April gezahlt hatte.

Cultusminister Falk: Das Sperrgesetz vom 22. April bedingt einfach nicht mehr zu zahlen: es hat keine rückwirkende Kraft, sondern fesselt nur die zur Zahlung aufgegebene Hand, gleichviel ob die Zahlung schon fällig war oder nicht. Diesem Principe gemäß mußte ich die Beschwerde abweisen.

Abg. Richter (Sangerhausen): Trotz aller Klagen, welche die clericalen Redner über die durch diese Fondsversuche Verleitung ihrer Geistlichen zum Abfall vor-

gebracht haben, haben sie keine Belege für ihre Behauptungen beibringen können. Sie haben überhaupt bei ihren Beschwerden stets vergessen zu bemerken, daß diese Folgen nur eingetreten sind, weil ihre Geistlichen sich geweigert haben, den Befehlen des Staates zu gehorchen. Wer Cultur kämpft, soll auch die Folgen tragen wie ein Mann, und nicht auf unsere Sentimentalität speculiren, da wir ebenfalls als Männer für ein Prinzip kämpfen. (Zustimmung links. Widerpruch im Centrum.) Ich will hier über eine wichtige Rechtsfrage die Regierung um Auskunft bitten. Natürlich sollen die Gemeinden und prästationsfähigen Corporationen zu den Gehaltsaufschlägen der Geistlichen herangezogen werden, um welche sich die gegenwärtige Regierung mehr wie jede andere verdient gemacht hat. Ich hätte deshalb auch gewünscht, daß das Comissariat zu Naumburg mit seinen reichen Mitteln zur Bekämpfung der Gehalts-erhöhung von 114 Thlr. des wärbigen 26 Jahre fungirenden Dompredigers in Naumburg herangezogen worden wäre. Aber es fragt sich, ob die Gremialmaßregeln der Regierung, die Gemeinden zur Gewährung dieser Gehaltssteigerung zu zwingen, sich mit dem § 31 Nr. 8 der von uns legalisirten Gemeindekirchenordnung verträgt, wonach zu einer Gehaltssteigerung der Kirchenbeamten der Kirchencath der beschließenden Mitwirkung der Gemeindevertretung bedarf. Gegen den Beschluß derselben kann hiernach der Gemeinde eine pecuniäre Last, wie es in diesem Falle geschieht, nicht aufgebürdet werden. Die Frage wird brennender, wenn nach Einführung der Synodalordnung die Befugnis der Regierung, den Gemeinden Lasten aufzubürden, auf einseitige kirchliche Behörden, die Consistorien, übergeht. Sollte die Regierung jenes Recht wirklich befehlen, so hätten wir den Gemeinden im § 31 ein Scheinrecht gegeben.

Geh. Rath Lucanus: Der § 31 der Kirchengemeindeordnung regelt das Verhältnis der Gemeinde zum Kirchencath, das Verhältnis zu den Behörden regelt § 47, welcher nicht gegen das jetzige Verfahren streitet. Dieses leidet aber insofern durch die Synodalordnung eine Abänderung, als die Befugnis der Regierung auf die Consistorien übergeht, welche keine Gremialmaßnahme haben.

Abg. Danzenberg beklagt sich über die Ungleichheit, welche zwischen der Höhe der Zuschüsse an katholische und evangelische Geistliche besteht. Das Vorgehen gegen die katholischen Geistlichen und Lehrer sei derart, daß man in Reminiscenzen an den alten Vers sagen könne: vita nostra brevis est, brevis finitur, nisi ministerio maximo et optimo strenue paretur. (Heiterkeit.)

Abg. Behrenspennig wendet sich gegen die Ausführungen und Auffassung des Regierungskommissars über den § 47 der Kirchen-Gemeindeordnung. Wenn man in der vom Abg. Richter geschilderten Weise vorgehe, so lege man die ganze Gemeindeordnung lahm. Die Execution in den genannten Fällen sei noch ein Rest des alten Absolutismus, der gegen den Geist des Gesetzes gehe.

Mit einer Replik des Geheimrath Lucanus schließt die Debatte. — Tit. 3 wird bewilligt, und eine hierbei gehörige Petition der hessischen Rabbiner wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Nächste Sitzung Freitag

Danzig, 17. März.

Im Abgeordnetenhaus wogt noch immer der Culturkampf, nur dann und wann unterbrochen von einer Discussion, die aus sachliches Interesse darbietet. Trotz aller Anstrengungen wurden die Ultramontanen bisher immer siegreich zurückgeschlagen, gestern spielte v. Schorlemer seinen Haupttrumpf aus und hatte dabei etwas mehr Glück, indem er die Thatsache an's Licht zog, daß zur Vertheilung von Prämien in den Schulen der Simplificius Simplificissimus amtlich empfohlen ist. Der Regierungskommissar Schneider war in seiner Erwiderung nicht glücklich; Dr. Falk machte die Sache wieder einigermaßen gut, indem er erklärte, wenn die Ausstellungen sich als richtig erwiesen, rundweg bekennen zu wollen, daß ein Fehler gemacht sei.

Um nur vorwärts zu kommen, hat man im Abgeordnetenhaus zu dem Ausflusmittel der Abend-sitzungen gegriffen, die einmal die Kräfte der Mitglieder übermäßig anspannen und zweitens nach alter Erfahrung für gründliche Beratungen nicht sehr förderlich sind. Noch ist von den wichtigen Vorlagen keine einzige zur zweiten Lesung gelangt, die zweite Hälfte der Session wird deshalb mit Plenarsitzungen überhäuft sein. Es erhebt sich daher Unwillen gegen die Auszerrung von Debatten, die ihrer Natur nach zu keinen positiven Resultaten führen können. Auch im Abgeordnetenhaus fühlt man, daß man nicht nur selbst über Gebühr durch die Culturkampfdebatten gelangweilt wird, sondern daß auch im Lande das Interesse für die Verhandlungen abgestumpft wird, wenn das, was man schon hundertmal hat lesen müssen, zum hundert-einten Male wieder vorgelesen wird. Von parlamentarischer Seite werden wir jetzt damit getrafft, daß jene Debatten wenigstens einen negativen Nutzen haben. Man weiß dabei auf die Thatsache hin, daß das Centrum, während es ihm beispielsweise in Bezug auf die Verwaltung des Innern gelang, einzelne Beschwerden mit einer gewissen Substantiierung vorzubringen, mit seinen Angriffen gegen das Cultusministerium gänzlich und in allen Punkten — denn der Triumph des Herrn v. Schorlemer mit dem Simplificissimus ist, bei Licht besehen, ohne alle praktische Bedeutung — zurückgeschlagen ist. Im größeren Publikum ist vielleicht nicht bekannt, daß die Centrumpartei gerade diese Verhandlungen mit besonderer Sorgfalt vorbereitet hatte. Die einzelnen Gegenstände waren unter die Mitglieder des Centrums schon seit Langerer Zeit zur Bearbeitung vertheilt gewesen; es waren Commissionen gebildet, um Stoff zu sammeln; durch öffentliche Aufrufe in den Zeitungen waren alle Geyinnungsgeoffen aufgefordert worden, was immer sich an Beschwerden aufreiben lasse, nach Berlin zu befördern. Seit langen Monaten agitierte man in den katholischen Districten für die bekannten Forderungen, welche die Clerikalen zur Begründung der Herrschaft der Kirche über die Schule stellten. Vergleicht man nun mit diesen außerordentlichen Vorbereitungen das Resultat, so muß man sagen, daß die Angriffe der Centrumpartei auf dem Gebiete des Schulwesens mit der eclatantesten Niederlage geadigt haben, welche sie jemals erlitten hat. Den breit ausgepönnenen Invektiven der Ultramontanen ist Stuch für Stuch der Boden entzogen und ihr so mühsam ausgeformter Feldzugsplan vernichtet. So ist der Vorschlag, den die Centrumpartei in dieser Session auszuführen sich entschlossen hatte, nämlich ihre Angriffe vorzugsweise gegen die falsche Schulpolitik zu richten, für sie selbst verderblich gewesen; denn gerade auf diesem Gebiete trat es am Deutlichsten hervor, daß es sich bei ihr nicht um die religiös-sitt-

liche Erziehung der Jugend, sondern um die Herrschaft des Clerus über die Schule und damit über die Bildung der Nation handelt.

Von größeren Landtagsvorlagen sind jetzt nur noch zwei zu erwarten: über die Einverleibung Lauenburgs und die Uebertragung der preussischen Eisenbahnen an das Reich. Selbst bei Anspannung aller Kräfte und bei der Einschränkung der Plenarverhandlungen auf das knappste Maß kann eine Bewältigung des Arbeitspensums vor Ende Juni kaum in Aussicht genommen werden. Schon der Umstand, daß das Gesetz wegen der Einverleibung Lauenburgs eine Verfassungsänderung involviert, insofern als dadurch die durch Artikel 69 der Verfassung festgesetzte Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses um einen Vertreter Lauenburgs erhöht wird, und mithin in jedem der beiden Häuser eine zweimalige Abstimmung mit einem Zwischenraum von je 21 Tagen erforderlich ist, dehnt die Zeitdauer der Session über die anfänglich in Aussicht genommene Frist hinaus.

Gerade in ländlichen Kreisen — am meisten in Ostpreußen — beginnt man in jüngster Zeit über die drückende Steigerung der Ausgaben für das Schulwesen zu klagen. Aus den Städten hört man diese Klagen weniger, und doch dürften die Aufwendungen für das Schulwesen hier eine wesentlich höhere Steigerung erfahren haben. Namentlich in den größeren Städten; Danzig nimmt hier nicht die letzte Stellung ein, und die Hauptstadt geht uns darin voran. Man vergleiche die Steigerung der Ausgaben der ländlichen Schulbezirke mit folgenden Zahlen: Im Jahre 1870 betrug die Gesamtausgabe für das Schulwesen in Berlin 3 910 182 Mk., im Jahre 1875 betrug sie 8 843 001 Mk. Für höhere Schulen wurden 1870 verausgabt: 1 913 982 Mk., 1875 3 708 222 Mk., für Gemeindeschulen 1870 1 996 200 Mk., 1875 5 134 779 Mk. Die Ausgaben für das Volksschulwesen sind also in den letzten 5 Jahren um mehr als das 2½fache gestiegen. Nun ist freilich seit 1870 auch eine sehr wesentliche Steigerung der eigenen Einnahmen der Schulen erfolgt, trotzdem aber hat sich der Gesamtzuschuß für das Schulwesen, welcher 1870 3 155 990 Mk. betrug, 1875 auf 7 749 938 Mk., also auf nicht viel weniger als das 2½fache erhöht. Im Jahre 1851 betrug der Gesamtzuschuß der Stadt Berlin für das Schulwesen 417 506 Mk.; es ist also in den letzten 25 Jahren dieser Zuschuß um mehr als das 18fache gestiegen, während sich die Bevölkerungszahl nur um etwa das 2½fache vermehrt hat.

Ueber die Stellung der Mittelstaaten zu der Reichseisenbahnfrage schreibt man aus Stuttgart: Zwischen dem rein abwartenden Standpunkt der badiſchen Regierung und dem schroff ablehnenden der sächsischen und der bayerischen nimmt die württembergische Regierung eine mittlere Haltung ein. Sachsen und Bayern haben eine Art Protestnote nach Berlin geschickt; Württemberg hat, wie man sagt, durch seinen Gesandten wieder mündliche Vorstellungen in gemäßigter Form erheben lassen. Baden stellt sich der Weiterentwicklung des Reichseisenbahnprojectes passiv gegenüber, vertritt, um zu gegebener Zeit mit Erlangung möglichen Vorteils sich dem Projecte anzuschließen; Württemberg möchte das Zustandekommen desselben, wenn es könnte, gern verhindern, rüſtet sich aber auch für den Fall, daß sich dies als unmöglich herausstellen sollte, um sich alsdann die Bedingungen des Anschlusses nicht einseitig vorschreiben lassen zu müssen.

In England ist die Opposition entschlossen, mit aller ihr zu Gebote stehenden Macht gegen die Kaiserfistulatur der Königin vorzugehen. Vorerst läßt sie keinen Tag verstreichen, ohne dem Premier deshalb den Abend zu verbittern. Am Dienstag wurde ihm durch E. Noel die Zumuthung gestellt, daß er das Begehren der Prinzen und des Volkes von Indien nach besagtem Titel documentarisch nachweise, was er begreiflicher Weise ablehnen mußte. Vorher gestern interpellirte ihn Sir William Harcourt, ob er den indischen Rath behufs des Kaiserstitels um seine Meinung gefragt habe, und gestern sollte Noel den directen Antrag stellen, daß „zufolge dem Dafürhalten dieses Hauses es für den ersten Minister der Krone nicht angezeigt sei, Ihrer huldreichsten Majestät die Annahme des für ihre britischen Unterthanen so neuen und ungeliebten Titels einer Kaiserin zu empfehlen.“ Diesem Antrage nun beabsichtigte die Opposition sich anzuschließen. Ein Bericht über die Sitzung liegt noch nicht vor. Gleichviel nun, ob sie dies in der hier angeführten oder etwas veränderten Form thut, ihr Antrag wird auf Verwerfung der Bill hinauslaufen und dadurch eine Parteidebatte über ein Thema herbeigeführt werden, welches, da es die Krone unmittelbar berührt, schädlicher ohne sie hätte behandelt werden sollen. Dem vorzubeugen, scheint es beinahe zu spät zu sein. Die dem Ministerium nahe stehenden, klagen gegen die Opposition, daß sie einen auf sich unwesentlichen Gegenstand als hochwichtige Staatsaction behandle, das Land durch ihre Reden und Blätter gegen das Ministerium hebe, und alles dies um letzterem Unannehmlichkeiten zu bereiten, nicht aber, weil sie von der neuen Titulatur nur den zehnten Theil des Bösen fürchte, den sie zu fürchten vorgebe. Dagegen versichern die Liberalen, daß es ihnen wirklich um die Sache zu thun und der Widerstand gegen die Annahme des Kaiserstitels kein durch ihre Blätter künstlich erzeugter, sondern im Herzen des Volkes wurzelnd sei. Sene steifen sich auf ihre Majorität im Parlamente, vermittelst welcher sie die Bill durchbringen wollen, diese auf die öffentliche Meinung, die sich später rächen werde, wenn die Regierung sie mißachte. Sene versichern, es sei für Disraeli zu spät, umzukehren, wogegen diese der Ansicht sind, daß, wenn er auch die Bill nicht mehr zurückziehen könne, es ihm doch freistehe, der Königin zu raten, daß sie, „der Stimme des Landes Gehör gebend“, auf die Annahme des Kaiserstitels für Indien verzichten möge. Solcher Rath stände dem Premier und dessen Annahme der Königin allerdings frei. Jedenfalls würde dazu viel Selbstüberwindung gehören. Die Lage ist für Disraeli eine entschieden peinliche, doch kann ihm der Vorwurf nicht erspart werden, daß er sie zum Theil selber verschuldet hat. Verschuldet deshalb, weil er sich vor Einbringung der Bill nicht mit den Führern der Opposition über sie verständigte. Palmerston, Russell und Gladstone versäumten es

nie, bei Zeiten eine Verständigung mit dem Oppositionsführer (das hieß in ihrer Zeit: mit Disraeli) anzubahnen, wenn immer sie Anträge stellen wollten, die ihrer Natur nach nicht als Parteifragen behandelt werden sollten. Da der vorliegende zu dieser Gattung gehört, hätte Disraeli ihrem Beispiel folgen und sich mit Lord Hartington oder Gladstone oder beiden in Einvernehmen setzen sollen. Dies hat er unterlassen, und nun trägt er die Befürchtung davon heim. Bei vorsichtigerer Behandlung hätte er sich viel Verdruß, dem Hause viel Zeit und der Königin den vielgehörten, wenn auch schwer nachweisbaren Vorwurf ersparen können, daß der Wunsch nach dem Kaiserstitel von ihr selber ausgegangen sei.

Deutschland.

A Berlin, 16. März. Die Debatten über die Verwaltung der K. Museen, welche heute im Abgeordnetenhaus stattfanden, und in der bedeutungsvollen Rede des Abg. Dr. Mommsen gipfelten, werden nicht unwirksam an der Regierung vorübergehen. Es hat sich das Bedürfnis einer Reform der jetzigen Verhältnisse auch in Regierungskreisen längst fühlbar gemacht, und es ist eine solche, und zwar in weiterem Umfange, in Aussicht genommen. Die Ausführung, welche gleichzeitig mit der bereits in Kraft getretenen Durchführung der Reform der Kunstakademie in das Leben treten sollte, ist nur durch äußere Verhältnisse verzögert worden. In anzukennehmender Weise ist man übrigens bei der heutigen Discussion in der Kritik der Museumsverwaltung vorgegangen. Es standen der Budget-Commission mehrere Einzelfälle von Verwaltungsacten, namentlich beziehentlich der Art und Weise, in welcher bei Restaurierung und Reinigung von Kunstwerken verfahren wird, zu Gebote, welche eine greifbare Illustration zu der Rede des Abg. Mommsen bildeten. Es sind die betreffenden Fälle zur Kenntniß der Regierung gebracht, und es kann nicht fehlen, daß die Vorgänge die beschlossene Reform fördern werden. — Weniger günstige Aussichten eröffnen sich den Wünschen auf Errichtung einer Hochschule für das Theater auf Staatskosten. Wir erfahren, daß die auch von dem Regierungs-Commissar heute erwähnten, bezüglich der Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressortministern bisher nur die großen Schwierigkeiten klar gestellt hätten, welche der Ausführung eines solchen Unternehmens entgegenstehen und daß dieselbe trotz unverfälschter Bereitwilligkeit von einzelnen Seiten an maßgebender Stelle daher schwerlich erfolgen wird.

Dem Vernehmen nach werden die Regierungen Deutschlands und Italiens sich über das in Betreff der Regelung des Deficits der Gott-hardebahn gemeinschaftlich zu beobachtenden Verhalten in Einvernehmen setzen, sobald sie von den Beschlüssen des Schweizer Bundesrathes Kenntniß erhalten haben. Man hegt alles Vertrauen, daß eine Verständigung der beiden Länder in dieser Angelegenheit gelingen wird. Bisher hat die Schweiz eine officiële Mittheilung nicht gemacht. — „Die goldene Internationale“ vom Stadtgerichtsrath Wilmans, wegen welcher bekanntlich der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde beim Justizminister vorstellig geworden ist, hat dieser Tage die Oberstaatsanwaltschaft beim Kammergericht beschäftigt. Diefelbe hat die Ansicht ausgesprochen, daß der Inhalt des Buches keineswegs Veranlassung zum Einschreiten gäbe; es müsse vielmehr Jedem, der sich durch das Buch beleidigt fühle, überlassen bleiben, gegen den Verfasser die Injurienklage anzustrengen.

Gutem Vernehmen der „Post. Ztg.“ nach wird namentlich seitens der preussischen Regierung auf eine, so zu sagen rein bürgerliche Befristigungsform des Eides nicht eingegangen und einem solchen Bestreben, falls es im Reichstage sich Geltung verschaffen sollte, entgegengetreten werden. Die Mehrzahl der Regierungen dürfte bis jetzt wenigstens denselben Standpunkt einnehmen. Und dennoch trat das Bedürfnis jener einfachen, von religiöser Beigabe befreiten Formel schon seit langer Zeit hervor, namentlich schon seit 1847, da in Preußen das Disidententhum gesetzlich sanctionirt worden war. Als damals diese Aenderung verfaßt war und später die Reaction hereinbrach, wurde ministerieller Seits, namentlich von Naumer, als Cultusminister, erklärt, daß die aus ihren Kirchen Geschiedenen in civilrechtlicher Beziehung ganz so beurtheilt werden sollten, als ob sie noch ihrer bisherigen Kirchengemeinschaft angehörten! Ja, Naumer ging einmal so weit, in einer Verfügung zu erklären, daß ein zum Judenthum „abgefallener“ früherer evangelischer Christ bei einer Vereidigung den für evangelische Christen vorgeschriebenen Eid zu leisten haben würde.

Österreich-Ungarn.

Wien, 14. März. Auf Requisition des hiesigen Brigadegerichts wurde heute die Gräfin Strachwitz in Baden verhaftet; dieselbe wird morgen vorläufig dem Brigadegerichte eingeliefert. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit dem der-rätherischen Verlaufe militärischer Pläne durch Baron Ertel, der mit der Gräfin ein Liebesverhältnis unterhielt.

Italien.

Mailand, 12. März. Der Königl. Staats-procurator beim Gerichtshof in Vicenza hat einen Bericht erstattet, aus welchem hervorgeht, daß es allein im Sprengel von Bassano Vicentino (Stadt von mehr als 13 000 Einw.) 200 Ehen gibt, welche der legalen Bestätigung vor dem Sindaco (Bürgermeister) noch immer entbehren. Das Provinzialblatt macht darauf aufmerksam mit dem Bemerkten: gegen die Scheu vor der Civilheirath das Mittel probat das eine venetianische Gemeinde zur Annahme gebracht habe. Dort seien die Frauen, die nur kirchlich getraut seien, vom Stadtrath mit der Dienstbotensteuer als Mägde belegt worden. Das half dort, und wird den pfäfflichen Untrieben entgegen wohl auch auswärts helfen.

England.

London, 14. März. Der Fall der hinterlassenen Kinder des Lord Amberley hat hier vieles Interesse erregt. Lord Amberley setzte testamentarisch nicht seinen Vater, den alten Earl Russell, zum Vormund ein, sondern einen Freund Namens Spalding, welcher sich durch seine freidenkenden und rationalistischen Ansichten auszeichnet. Diesen Umstand hatte der freidenkende Lord Amberley

bei Ausstellung seines Testaments zugestanden. Nahezu besonders im Auge. Die Kinder wurden indessen vor ganz Kurzem ohne gerichtliches Erkenntniß dem Großvater zur Pflege übergeben. Als Grund hierfür stellt sich heraus, daß das englische Gesetz mit solcher Deutlichkeit festsetzt, daß unmündige Kinder einem zugestanden freidenkenden Vormunde nicht zur Pflege zu übergeben sind, daß Spalding auf den Rath seines Rechtsbeistandes die Sache nicht einmal vor Gericht hat bringen lassen. Das öffentliche Interesse an dem Vorfall dürfte sich in Folge dieser Enthüllung nur mehr

Rumänien.

Bukarest, 15. März. Die Regierung hat den Senat aufgelöst und alsbaldige Neuwahlen angeordnet. Es steht eine außerordentliche Session im Frühjahr bevor.

Amerika.

Montevideo, 14. März. Der Dictator Latorre hat an den brasilianischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Mittheilung gelangen lassen, in welcher die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Brasilien und Uruguay betont wird.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. März. Abgeordnetenhaus. Bei der Verathung des Extraordinariums des Cultussetats sind bei Titel 28 zum Ankauf einer Baustelle für ein in Danzig zu errichtendes königliches Gymnasium 125 000 Mark aus-geworfen. Abg. Wehrenpffennig berichtet Namens der Budget-Commission über eine Petition einer größeren Anzahl von Danziger Bürgern (Möbeler und Genossen), welche bitten, die Kosten für die Gymnasialgebäude nicht zu bewilligen, wenn dieselben auf dem jetzt in Aussicht genommenen Plage errichtet werden sollen, und beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Das Haus beschließt demgemäß.

Danzig, 17. März.

* [Traject über die Weichsel.] Culm-Terespol: bei Tag und Nacht per Kahn. — Warlubien-Graudenz: bei Tag und Nacht per Kahn. — Gzerminsk-Marienwerder: bei Tag per Kahn, bei Nacht unterbrochen.

* Die Ziehung der 4. Kl. der 153. K. Pr. Klassen-lotterie beginnt am 12. April.

* Einer uns vorliegenden Uebersicht über die Geschäftsergebnisse der Spar- und Vorschußvereine für Postbeamte während des verflossenen Jahres entnehmen wir, daß sich in dem Danziger Oberpostdirectionsbezirk, welcher im Vorjahre noch ganz Westpreußen umfaßte, 441 Mitglieder diesem Verein angehörten. Die Beiträge stellten sich auf 16 994 M., wo von 12 824 M. als ordentliche und 4110 M. als außer-gewöhnliche Beiträge eingingen. Das gesammte Vereins-vermögen beträgt 41 331 M., davon sind 26 377 M. in zinstragenden Papieren angelegt, 13 031 M. repräsentiren die Summe der ausstehenden Vorschüsse, während der Rest von 2921 M. im Baubestand sich vorfindet. Der Verein bewilligte 164 Vorschüsse. Die ausgenommenen Zinsen betragen eine Summe von 1645 M., die Zinsen-einschüttung für die Mitglieder (zu 3 p. des Guthabens) stellte sich auf 939 M., der Gewinnanteil der Mit-glieder betrug 1 1/2 p. An den Reservefonds wurden 89 M. überwiesen, so daß dessen Gesamtsumme am Schlusse des Jahres 1875 sich auf 233 M. bezifferte. Gegenüber die n nicht unbedeutenden Ziffern verschwindet der Betrag der Verwaltungskosten in Höhe von 26 M.

* In der gestern abgehaltenen General-Versammlung des hiesigen Vorschuß-Vereins wurde der Geschäfts-bericht pro 1875 erstattet. Nach demselben betragen die Einnahmen an Zinsen 50 898 M., die Ausgaben an Deposital-Zinsen, Geschäfts-Umläufen und Verluste 120 M. 37 276 M. Reingewinn 13 622 M. Die

Versammlung beschloß, aus diesem Reingewinn 8 p. an die dividendenberechtigten Mitglieder zu zahlen und dem Reservefonds 5 p. auszuscheiden, den disponiblen Rest von 992 M. worunter sich 429 M. aus dem Vor-jahre zur Sonorierung der Revisionen pro 1875 befinden, dem Verwaltungsrath zur Disposition zu stellen.

* [Polizeibericht.] Gestern wurde der Arbeiter Kl. arretirt, weil er dem aus dem Zuchthause entlassenen Arbeiter J. dessen eben empfangene Nebenverdienstgelder im Betrage von 109 M. aus der Tasche gestohlen hat.

Der Schuhmacher W. wurde arretirt, weil er gestern im Streit den Schuhmacher L. mit einem Schustermesser an der Hand und an der Brust schwer verwundet hat.

* Gestern haben 4 Jungen dem Branerierbesitzer J. aus dessen Comptoir mehrere Flaschen Bier gestohlen. Das Bier haben die Diebe ausgetrunken und die Fla-schen zerlegt. — Dem Restaurateur S. aus dem pommerischen Bahnhof wurden aus einem Wagen 4

Klasse 16 Flaschen Rheinwein in einem Korb gestohlen. — Gestern haben 3 Bäckerlehrlinge 12 Brode à 25 p. in einer Kiepe bei dem Schankwirth D. am Disbaerthor zum Kauf angeboten. Da dem D. die Sache verdächtig vor-kam, so hat er die Kiepe mit den 12 Broden angehalten, während die Bäckerlehrlinge die Flucht ergriffen.

* In der Heiligengeistgasse sind acht einem Hanslande angehörige Personen an der Trichinose erkrankt, welche dieselben sich durch den Genuß eines im Januar vom Handelsmann St. aus dem Kreise Marienburg ge-kauften Schinkens zugezogen haben. — Im Jahre 1875 sind hier 1888 Personen geimpft und 1561 revaccinirt; von ersteren 1855, von letzteren 1287 mit sichtbarem

Erfolge. — Eingeliefert ist beim Polizeibureau zur Er-mittelung der Eigentümern eine Kutsche, welche im Laden des Herrn Kaufmann Hirschfeld, Langgasse 79, liegen geblieben ist. Diefelbe kann event. im Polizeibureau in Empfang genommen werden.

* Marienburg, 16. März. Der Geistliche des benachbarten Kirchspiels Jesendorf, Herr Pfarrer Hoburg, wird noch in diesem Jahre den Gedanktag seiner fünfzigjährigen Wirkksamkeit als Seelsorger eben dieser Gemeinde feieren. Der Jubilar hat vor Kurzem das Jubiläum seiner goldenen Hochzeit und ebenso das der Verleihung seiner fünfzigjährigen geistlichen Würde gefeiert; befindet sich aber noch bei vollkommener Rüstigkeit und wartet der Pflichten seines Amtes in der umfassendsten Weise. — Herr Dr. med. Marschall hier selbst ist vor wenigen Tagen der Titel eines Sanitätsraths verliehen worden.

* S. Neumarkt, 16. März. Der letzte hier abgehaltene Kreistag war von 27 Mitgliedern besucht. Von den dort gefaßten Beschlüssen erwähnen wir, daß der Kreistag auf sein gemäß der Kreisordnung ihm zu-stehendes Recht bei der Wiederlegung des Landratspostens Verzicht geleistet und die Ernennung des Königs allein überlassen hat. Ferner wurde beschlossen, zur Unter-stützung der Hebeammen armer und unglücklich belegerter Bezirke im Kreise den Kreisaußschuß die Summe von 864 M. für das laufende Jahr zur Verfügung zu stellen, und die künftige Uebernahme dieses oder des durch die Zahl der im Kreise angestellten Hebeammen bedingten anderweitigen Betrages auf den Etat zu genehmigen.

* Aus dem Kreise Stuhm, 17. März. In der Nacht vom 13. zum 14. d. M. brante das Gefäß des Hefers Brühn in Meuthen vollständig nieder. Der im Stalle schlafende Knecht August Klein und das sämmtliche Vieh verbrannten mit. Es wird Braub-stiftung vermuthet.

Königsberg, 16. März. Heute wurde die un-verheirathete, 27 Jahre alte, Hinz aus Mehnen, Kreis Heiligenbeil, welche Anfangs Januar d. J. ihr unebelichs Kind gleich nach der Geburt in einen Korb ein-wickelte und damit es sterbe, in einen Kasten einschloß und dann, als dasselbe auch nach einer Stunde wirklich todt war, den Körper des Kindes vermittelst eines Messers zertheilte und die Körpertheile an verschiedenen Stellen den Kanbügeln als Beute auswarf, vom Schwurgericht zu 6 Jahren Zuchthaus und Exerzitiar auf 6 Jahre verurtheilt. Die Staatsanwaltschaft batte auf 10 Jahre Zuchthaus zu erkennen beantragt.

* Heute (17.) feiert der Oberstaatsanwalt Greiff in Breslau sein 50jähriges Dienstjubiläum. Derselbe wurde am 15. Januar 1805 in Königsberg geboren, wo sein Vater Stadtrath war; er besuchte dort das Altst. Gymnasium und die Universität, trat am 17. März 1826 beim dortigen Oberlandesgericht als Auscultator in den Staatsdienst, arbeitete gleichzeitig mit Präſident Simson, mit dem ihn bis heute treue Freundschaft verbindet, acht Jahre als Hilfsvertreter beim O. Pr. Tribunal, wurde dann Stadtgerichtsrath in Königsberg bis 1845. In diesem Jahre wurde er nach Breslau versetzt, wo er bis heute wirkt, bis 1857 als Oberlandes-gerichtsrath, seit dieser Zeit als Oberstaatsanwalt. Aus seiner politischen Thätigkeit sei erwähnt, daß er eine Reihe von Jahren Vorsitzender der constitutionellen Par-tei für Breslau und ganz Schlefien war.

Vermischtes.

Berlin. Die Umwandlung des Dönhofs-plazes in einen Schmuckplatz hat bereits begonnen, und zwar nur erst zu einem kleinen, aber ausgezeichneten Theile. Das Stein-Deutmal ist hinterwärts im Halbkreise so eben von einer Gartenanlage umgeben worden, dessen Hauptpunkte von neun jungen Linden-bäumen bepflanzt sind. Dazwischen befinden sich hohe Sträucher, vor und hinter denselben wiederum noch zwei Reihen für Blumen oder Zwerggewächse.

* Um dem Director Haberstroh in Halle trotz seiner Verurtheilung ein Vertrauensteuzeugnis zu geben, hat die Theaterdeputation in Halle erklärt, ihm bei Ab-lauf seines jetzigen Contractes die Leitung der Bühne in Halle auf weitere drei Jahre zu übertragen.

— Man beabsichtigt in Rom auf dem Plage „Campo dei Fiori“ Giordano Bruno, dem be-rühmten Philosophen aus dem Orden der Dominicaner, ein Deutmal zu errichten. Am 17. Februar 1600 wurde der Philosoph auf Befehl der Inquisition in Rom verbrannt, jetzt wird ihm in Rom ein Deutmal gesetzt werden.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.
Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Glattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 16. März. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig. — Roggen loco fest, auf Termine ruhig. — Weizen 7er März 126 1/2 1000 Kilo 204 Br., 203 Gd., 7er Mai-Juni 126 1/2 208 Br., 207 Gd., — Roggen 7er März 1000 Kilo 146 Br., 145 Gd., 7er Mai-Juni 149 Br., 148 Gd., — Hafer ruhig. — Gerste matt. — Rüböl still, loco 63, 7er Mai 59, 7er Octbr. 7er 200 61 1/2, — Spiritus matt, 7er 100 Liter 100 1/2 7er März 34 1/2, 7er April-Mai 34 1/2, 7er Juni-Juli 35, 7er Juli-August 36. — Kaffee: fest, Umlatz 3060 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 12,20 Br., 12,10 Gd., 7er März 12,00 Gd., 7er August-Dezbr. 12,40 Gd. — Wetter: Sehr veränderlich.

Danziger Börse.

Amliche Notierungen am 17. März.

Weizen loco in guter Kaufkraft, 7er Tonne von 2000 1/2 feingelagert u. weiß 130-135 1/2 215-220 A. Br. hochbunt 131-134 1/2 208-215 A. Br. hellbunt 127-131 1/2 205-210 A. Br. 175-211 bunt 125-131 1/2 198-205 A. Br. A. bez. roth 128-134 1/2 190-196 A. Br. ordinair 118 128 1/2 170 190 A. Br.

Regulirungspreis 12 1/2 bunt lieferbar 200 M. Auf Lieferung 12 1/2 bunt 7er April-Mai 204 M. 7er, 7er September-October 215 M. bez., 214 M. Gd.

Roggen loco theurer, 7er Tonne von 2000 1/2 149 M. 7er 120 1/2 bez.

Regulirungspreis 12 1/2 lieferbar 147 M. Auf Lieferung 7er April-Mai 141 M. bez., do. inländ. 148 M. Br., 7er Mai-Juni 147 M. Gd.

Gerste loco 7er Tonne von 2000 1/2 große 111 1/2 155 M.

Beschel- und Fondscourfe. London, 8 Tage, 20,48 Gd., do. 3 Monat, 20,315 Br. Amsterdam, 10 Tage 169,45 Gd. 4 1/2 p. Preussische Conſolidirte Staats-Anleihe 104,75 Gd. 3 1/2 p. Preussische Staats-Schuldcheine 92,90 Gd. 3 1/2 p. Westpreussische Pfand-briefe. ritterſchaftlich 84,75 Gd., 4 p. do. do. 94,85 Gd., 4 1/2 p. do. do. 101,85 Br., 5 p. do. do. 106,10 Gd. 5 p. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,00 Br. 5 p. Pommerſche Hypotheken-Pfandbriefe 100,50 Br. 5 p. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Brief.

Das Vorſteheramt der Kaufmannſchaft.

Danzig, den 17. März 1876.

Getreide-Börse. Wetter: veränderlich bei käl-terer Temperatur.

Weizen loco, nicht reichlich zugeführt, fand auch heute willige Kaufkraft zu vollen und festen Preisen; es bleiben aber stets die farbigen und hellen Sortungen bevorzugt, während grau gläseriger Weizen nur schwer Refectanten findet. Sommerweizen ist gefragt und besser bezahlt. 230 Tonnen sind heute gehandelt und ist bezahlt für russisch roth 117 1/2 175 M., Sommer- 131, 131 1/2 195, 196 M. hellfarbig 119, 122 1/2 200, 201 M., 124 1/2 205 M., hellbunt 126, 128 1/2 207, 208 M., hochbunt gläsig 130, 130 1/2 208 M., beſſerer 210, 211 M. 7er Tonne. Termine fest, April-Mai 204 M. Br., Septbr.-Dezbr. 215 M. bez., 214 M. Gd. Regulirungspreis 200 M.

Roggen loco theurer, 121, 122 1/2 150 M. 7er Tonne bezahlt. Umlatz 30 Tonnen. Termine etwas fester, April-Mai 141 M. bez., inländischer April-Mai 148 M. Br., Mai-Juni 147 M. Gd. Regulirungspreis 147 M. — Gerste loco große 111 1/2 155 M. 7er Tonne bezahlt. — Erbsen loco feucht 155, 156 M. 7er Tonne. — Spiritus loco wurde zu 43 M. 7er 10 000 Liter 1/2 gekauft.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 17. März. Wind: SSW. Angelommen: Sumbr (SD.), Dinnelton, Hull, Güter. — Glesier, Birholm, Glesburg, Reis. — Imbro, Wight, Liverpool, Salz. Ankommend: Vark Berlin, Lüble. Thorn, 16. März. Wasserstand: 13 Fuß 5 Zoll. Wind: SW. Wetter: bewölkt, windig.

Meteorologische Beobachtungen.

Wärme	Barometer- Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
16 4	329,66	+ 4,7	WSW., frisch m. Hagelböen.
17 8	330,32	+ 0,8	W., frisch, hell, wolfig.
12 8	330,21	+ 3,5	W., frisch, hell, bewölkt.

Beilage zu No. 9640 der Danziger Zeitung.

Danzig, 17. März 1876.

Frankreich.

×× Paris, 15. März. Die Erklärung des Ministeriums ist gestern von Dufaure im Senat und vom Duc Decazes in der Deputirtenkammer verlesen worden. Sie schildert zunächst in gehobenem Tone den großen Umschwung, der in Frankreich stattgefunden hat: „Inmitten unserer ruhigen und arbeitsamen Nation hat sich ein großes Ereigniß vollzogen. Die republikanische Regierung war gegründet worden mit den Bürgschaften der Kraft und Dauer, welche die Verfassungsgesetze geben; der Präsident der Republik war ernannt, seine Pflichten und Rechte waren bestimmt, aber die beiden großen Versammlungen, welche mit ihm die Gesamtheit der öffentlichen Gewalten bilden, fehlten noch an unserer politischen Organisation. Das allgemeine Stimmrecht, der Ausdruck des nationalen Willens hat unter verschiedenen Formen und Bedingungen, aber stets mit derselben Autorität durch seine Boten wie durch die Glaubensbekenntnisse seiner bevorzugten Candidaten die großen Verfassungsergebnisse gebilligt, welche die letzte Versammlung nach fünfjährigen patriotischen Bemühungen hinter sich läßt. Die Gewalt kann in unseren menschlichen Gesellschaften keinen höheren Ursprung haben, und es ist uns erlaubt, Ihnen zu sagen, daß niemals eine Regierung auf rechtmäßigere Art eingesetzt worden ist.“ Die Erklärung erinnert sodann an Mac Mahon's Aeußerung vom 13. Januar, wonach die Verfassung nicht revidirt werden dürfe, ehe sie loyal angewandt worden. „Diese weisen Worte“, fährt sie fort, „werden unsere beständige Richtschnur sein. Von der aufrichtigen Anwendung der Verfassungsgesetze hängen die Größe, die Zukunft unseres Landes ab. Wir werden in unseren Beziehungen mit Ihnen, m. H., dem zugleich liberalen und conservativen Geiste, welcher die Verfassungsgesetze belebt, in der Vorbereitung der Gesetze, welche wir Ihnen vorzulegen haben und in jeder unserer Handlungen treu bleiben, und wir werden verlangen, daß unsere Untergebenen aller Grade ihnen treu seien wie wir. Wir könnten in der That nicht gestatten, daß die Regierung unter den Beamten, die ihr dienen sollen, Widerstand finde. Der Bevölkerung nahe gerückt, können diese Beamten ihr die Staatsform, unter welcher sie lebt, begreiflich und schutzbar machen; sie werden unsere Absichten unterstützen, indem sie dem Lande sagen, daß die Republik so wie sie aus den Voten der Nationalversammlung hervorgegangen, der Staatsgewalt ihre größte Macht giebt, weil die Gewalt im Namen und im Interesse Aller geübt wird, weil sie sich mehr als jede andere Regierungs-

form auf die heutigen Gesetze der Religion, der Moral und der Familie, auf das unverletzliche und geachtete Eigenthum, auf die ermutigte und geehrte Arbeit stützen muß, und weil endlich sie jenen kriegerischen Abenteuern widerstrebt, durch welche die Regierungen allzu oft die Ehre und das Glück der Nationen gefährdet haben.“ Nach dieser Friedensbetheuerung setzt die Erklärung summarisch auseinander, welche Vorschläge die Regierung der Kammer zu unterbreiten beabsichtigt. Das Budget werde im Gleichgewicht vorgelegt werden, ohne jede Steuererhöhung. Hieran schließt sich eine kurze Charakteristik der allgemeinen europäischen Lage: „Unsere Beziehungen zu den fremden Mächten haben nichts von ihrem freundschaftlichen und friedlichen Charakter verloren. Frankreich hat sich den Bemühungen angeschlossen, die versucht werden, um die Beschwichtigung der Unruhen in den westlichen Provinzen der Türkei herbeizuführen, und wir bewahren die Hoffnung, daß die Uebereinstimmung der großen Mächte, welche gemeinsam die Achtung von den Verträgen und ihre Anhänglichkeit an den Frieden bethätigen, ihre Früchte tragen wird. Keine Macht hat mehr als wir von dem Bürgerkriege, welcher Spanien in Trauer setzte, gelitten. Niemand kann das Ende desselben mit lebhafterer und wichtigerer Genugthuung ansehen. Diese Beschwichtigung der Geister an beiden Enden Europa's, dieser heiße Friedenswunsch, von welchem alle Völker wie alle Regierungen sich belebt zeigen, werden die Ansprüchen betreffs neuer Handelsverträge begünstigen.“ Weiter heißt es von der militärischen Reorganisation: „Die Wiederherstellung unseres militärischen Zustandes vollzieht sich allmählig, gemäß den Grundsätzen, welche von der National-Versammlung vorgenommen werden und nach Maßgabe der verfügbaren Hilfsmittel des Schatzes.“ Es wird dann das neue Heeresverwaltungs- und das Generalstabsgesetz angekündigt. Die bisherigen Verminderungen des Marinebudgets haben den Werth der Flotte so herabgedrückt, daß schon im Budget für 1877 Mehrausgaben vorgeesehen werden mußten. Auch Frankreich ist genöthigt, wie die anderen Seemächte mit Klugheit und Entschlossenheit an die Verbesserung seines Flottenmaterials zu gehen. Sehr vorsichtig und schüchtern rührt sodann die Erklärung an die politischen Gesetze, um die es der republikanischen Partei in der Kammer am meisten zu thun sein wird: das Unterrichtsgesetz und das Gemeindegesetz. Es heißt darüber nur: „Wir werden Ihnen die Lösung dieser Gesetze vor-

schlagen, indem wir uns bemühen, wichtige und mit Zug und Recht geforderte Freiheiten mit den Rechten des Staats und den nöthigen Vorrechten der ausübenden Gewalt in Einklang zu bringen.“ Die Erklärung schließt mit diesen Sätzen: „Wir treten nicht ohne Bewegung in diese erste Session der constitutionellen Republik; wir sehen die Schwierigkeiten voraus, welche sie uns darbieten kann; wir wagen zu hoffen, daß dieselben beseitigt werden durch Ihr Zutrauen in die hohe und loyale Weisheit des Präsidenten, durch die beständige Eintracht beider Kammern und durch unseren gemeinsamen und leidenschaftlichen Wunsch, Frankreich durch die Freiheit, die Ordnung und den Frieden sich wieder aufrichten und groß werden zu sehen.“

Belgien.

Brüssel, 15. März. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer interpellirte der Abg. Frère das Ministerium über den Ankauf von Metallbarren für die Regierung. Der Finanzminister erwiederte, Belgien sei durch die Münzconvention hierzu verpflichtet und habe die Barren mit 3procentigen Titres bezahlt. Frère erklärte diese Operation für unzutraglich. Der Finanzminister stellte weitere Mittheilungen über diese Angelegenheit in Aussicht. (W. T.)

Türkei.

Aus Ragusa vom 15. d. wird gemeldet: Der neu ernannte Gouverneur der Herzegowina, Wassa Effendi, ist heute über Stagno nach Mostar abgereist.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt, a. M., 16. März. Effecten-Societät. Creditactien 146½, Franzosen 246½, Lombarden 90. Bismarck fest.

Bremen, 16. März. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco und 7er März 12,00 bez., 12,15 Br., 7er April-Mai 12,00 bez. und Käufer, 7er Sept.-October 12,75. Fest.

Amsterdam, 16. März. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen 7er März 280. — Roggen 7er März 180.

Wien, 16. März. (Schlußcourse.) Papierrente 67,40, Silberrente 71,60, 1854r Loose —, Nationalb. 896,00, Nordbahn —, Creditactien 166,00, Franzosen 280,50, Galizier 193,25, Kaschan-Oberberger —, Pardubitzer —, Nordwestbahn 137,00, do. Lit. B. —, London 115,50, Hamburg —, Paris 45,80, Frankfurt 56,30, Amsterdam 95,70, Creditloose 164,50, 1860r Loose 111,25, Lomb. Eisenbahn 104,00, 1864r Loose 132,00, Unionbank 62,25, Anglo = Austria 74,00, Napoleons 9,27, Dukaten —, Silbercoupons 104,10, Elisabeth-

bahn 158,25, Ungarische Brämienloose 74,50, Deutsche Reichsbanknoten 56,90, Türkische Loose —.

London, 15. März. [Schluß-Course.] Consols 94½, 5pct. Italiensche Rente 70¼, Lombarden 9½, 3pct. Lombarden-Prioritäten alte —, 3pct. Lombarden-Prioritäten neue —, 5pct. Russen de 1871 97¼, 5pct. Russen de 1872 99½, Silber 54¼, Türkische Anleihe de 1865 17½, 5pct. Türken de 1869 20½, 6pct. Vereinigte Staaten 7er 1885 105¼, 6pct. Vereinigte Staaten 5pct. fundirte 106½, Oesterreichische Silberrente —, Oesterreichische Papierrente —, 6pct. ungarische Schatzbonds 91¼, 6pct. ungarische Schatzbonds 2. Emission 89, Spanier 17½, 5pct. Peruaner 29, Plakdiscont 3¼ pct.

Liverpool, 15. März. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. — Middling Orleans 6½, middling amerikanische 6½, fair Dhollerah 4½, middl. fair Dhollerah 3½, good middl. Dhollerah 3¼, middl. Dhollerah 3¼, fair Bengal 4, good fair Broad 4½, new fair Domra 4½, good fair Domra 4½, fair Madras —, fair Bernam 6½, fair Smyrna 5½, fair Egyptian 6¼. — Fest. — Upland nicht unter low middling März-April-Versicherung 7er Segler 6½ d.

Leith, 15. März. Getreidemarkt. [Gochrane Paterson und Co.] Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 1256, Gerste 515, Erbsen 305 Tons. Mehl 6794 Sack. — Weizen und Frühjahrsgetreide fester gehalten, Mehl unverändert. — Wetter: Winterlich.

Paris, 16. März. (Schlußbericht.) 3pct. Rente 66,15, Anleihe de 1872 104,20, Italiensche 5pct. Rente 70,35, Ital. Tabaks-Actien —, Italiensche Tabaks-Obligationen —, Franzosen 613,75, Lombardische Eisenbahn-Actien 231,25, Lombardische Prioritäten 240,00, Türken de 1865 17,05, Türken de 1869 102,00, Türkenloose 47,00, Credit mobilier 193, Spanier extér. 17½, do. inter. 16½, Suez canal-Actien 745, Banque ottomane 423, Sociétés generale 535, Egypter 316. Wechsel auf London 25,21½. — Schluß matt in Folge von Realisationen. Medeo-Liquidation leicht, Reports unbedeutend: Für Italiener 0,05, Franzosen glatt, Lombarden 0,30.

Paris, 16. März. Productenmarkt. Weizen fest, 7er März 27,50, 7er April 27,75, 7er Mai-Juni 28,50, 7er Mai-August 29,00. Mehl fest, 7er März 60,00, 7er April 60,50, 7er Mai-Juni 61,50, 7er Mai-August 62,75. Rübsl matt, 7er März 76,00, 7er April 76,00, 7er Mai-August 77,75, 7er September-Dezember 78,00. Spiritus matt, 7er März 46,75, 7er Mai-August 48,00.

Paris, 16. März. Bankausweis. Baarvorrath 14,932,000 Zunahme, Guthaben des Staatschatzes 1,637,000 Zun., Portefeuille der Hauptbank u. d. Filialen 21,787,000 Abnahme, Gesamt-Vorschüsse 3,135,000 Abn., Rotennumlauf 8,309,000 Abn., Laufende Rechnungen der Privaten 5,588,000 Fr. Abn.

New York, 15. März. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D 87½ C., Goldagio 14½, 5pct. Bonds 7er 1885 118¾, do. 5pct. fundirte 118½, 5pct. Bonds

Weizenmehl *per* 100 Kilogr. brutto unverf. incl. Sad
No. 0 27,00 — 26,00 M. No. 0 und 1 25,50
bis 24,00 M. — Roggenmehl *per* 100 Kilogr. unverf.
incl. Sad No. 0 23 50 — 22,00 M. No. 0 u. 1 21,00 —
19,50 M., *per* März 21,15 — 21,10 M. bez., *per* März
April — M. bez. *per* April 21,30 — 21,25 M.

bez., *per* Mai-Juni 21,50 — 21,40 M. bez., *per* Juni-Juli
21,60 21,55 M. bez., *per* Juli-August 21,65 — 21,60 M. bez.
— Weizen *per* 100 Kilogr. ohne Faß 58 M. bez. —
Rübsen *per* 100 Kilogr. loco ohne Faß 59,3 M. bez., *per*

März 60—50,2 M. bez., *per* März April
— M. bez., *per* April Mai 60—60,2 M. bez., *per*
Mai-Juni 60,3—60,5 M. bez., *per* Juni 60,6 M. bez., *per*
September October 61,8 M. bez. — Petroleum
raff. *per* 100 Kilogr. mit Faß loco 29,5 M. bez.,
per März 27,5 M. bez., *per* März April —
M. bez., *per* September October 25,5 M. bez. —
Spiritus *per* 100 Liter à 100 pfd. = 10,000 Mk loco
ohne Faß 44 M. bez., mit Faß *per* März 44 7
M. bez., *per* März April — M. bez., *per* April-
Mai 45 M. bez., *per* Mai-Juni 45,5 M. bez., *per*
Juni-Juli 46,7 M. bez., *per* Juli August 48 M. bez.,
per August-September 49—49,2—49,1 M. bez.

im Course steigend. Russische Werthe blieben in den
Notirungen fast unverändert. Preussische und andere
deutsche Staatspapiere theiligten sich nur wenig am
Verkehr. Auf dem Eisenbahncienmarkte war die Stim-
mung Anfangs recht fest, ermattete jedoch in der zweiten
Börsenstunde. Die Coursveränderungen blieben meist
belanglos. Bank-Actien ruhig.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Verantwortlicher Redacteur S. Ködner.
Druck und Verlag von A. W. Rasemann in Danzig.